

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von W. Pfanntuch u. Co., Magdeburg. Druck von Franz Wetze, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1687. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für den Auslandsende 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.80 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. Einzelne Nummern 6 Pf., Sonntags- und Allerhandnummern 10 Pf. — Inzerationsgebühr: die sechsgehaltene Zeile 15 Pf., Post-Zeitungsstelle Seite 876.

Nr. 167.

Magdeburg, Donnerstag den 20. Juli 1905.

16. Jahrgang.

Generalstreik und Sozialdemokratie.

III.

Von den Anhängern des politischen Massenstreiks erfüllen die wenigsten die Forderung, den Nachweis zu führen, daß er ein Kampfmittel sei, das neben den übrigen politischen und wirtschaftlichen Kampfmitteln des Proletariats zur Anwendung gelangen solle. Sie gehen von der Voraussetzung aus, daß das Proletariat entrechtet werde und dann kein anderes Mittel mehr zur Verfügung habe als den politischen Streik. Auch die Genossin Holtz macht davon keine Ausnahme. Sie schildert zwar auch die Situationen, in denen möglicherweise der politische Massenstreik zur Anwendung kommen kann, obgleich die Arbeiterchaft auch noch über andere Kampfmittel verfügt, sie spricht auch davon, daß der Generalstreik eine Ergänzung der parlamentarischen Tätigkeit bilden müsse. Aber ihr Hauptargument ist und bleibt doch: was soll geschehen, wenn das Proletariat seines Wahlrechts, seines Koalitionsrechts, seines Vereins- und Versammlungsrechts beraubt wird? Wir geben zu, daß dann unter den Methoden des Klassenkampfes auch der politische Massenstreik eine Stelle finden kann, aber das wird ja von keiner Seite bestritten. Wir für unsern Teil lehnen es aber ab, die Wahrnehmung der Interessen des Proletariats in blutiger Revolutionsmaterie zu erblicken und vom Generalstreik zu reden, an die Revolution aber zu denken.

Überall, wo der politische Massenstreik bisher Anwendung gefunden hat, waren seine Folgen nichts weniger als erfreulich für das Proletariat und seine Organisation. In Holland, in Italien endete er mit einem glänzenden Fiasko, zerstörte die Organisation, stärkte die Reaktion. Der erste belgische Generalstreik 1892 ist der einzige, der von Erfolgen begleitet war. Damals lag aber die Ausdehnung des Wahlrechts in der Luft und die herrschende liberale Partei bewilligte, was sie bewilligen wollte. Der damalige Generalstreik war auch deshalb unumgänglich, weil im Parlament keine Vertreter des Proletariats saßen, die seine Wünsche vorbringen konnten. Zehn Jahre später fiel der zweite belgische Generalstreik ins Wasser. Warum? Weil, wie die gleich darauf stattfindenden Wahlen bewiesen, hinter den Sozialdemokraten nicht die Mehrheit des Volkes stand wie 1892, denn die Liberalen unterstützten bekanntlich nur zum Teil die Forderung des allgemeinen Wahlrechts. Wäre 1902 in Belgien der Wunsch nach Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts so allgemein und dringend von nahezu dem gesamten Volke empfunden worden wie 1892 der Wunsch nach einer Wahlreform, so hätten die Freunde des allgemeinen Wahlrechts gesiegt. Ein Generalstreik wäre dann aber gar nicht nötig gewesen, die Tätigkeit der sozialdemokratischen Kammermitglieder hätte genügt, die Ausdehnung und Verbesserung des Wahlrechts herbeizuführen.

Überall, wo dem Proletariat andere Mittel zur Verfügung stehen, um seinen Forderungen Ausdruck zu geben, kann man ruhig auf den Gedanken des Generalstreiks verzichten. Entweder die große Mehrheit des Volks ist gewonnen für die erhobenen Forderungen, dann werden sie sich durchsetzen gegen den Willen der herrschenden Minorität auch ohne Generalstreik, oder die Mehrheit des Volks verhält sich ablehnend, was eine Situation ergibt, die auch die Anwendung des Generalstreiks ausschließt. Man weist so gern auf Preußen und sein Dreiklassenwahlrecht hin, zu dessen Abänderung möglicherweise einmal der politische Massenstreik Anwendung finden müsse. Ja, weshalb steht denn diese Karikatur eines Wahlrechts noch immer so fest? Doch nur deshalb, weil die Mehrheit des preussischen Volkes mit ihr einverstanden ist! Mit Ausnahme der Sozialdemokratie sind alle übrigen Parteien entweder offene Anhänger oder nur sehr laue Gegner des Dreiklassenwahlrechts und doch bilden ihre Wähler, wie die Reichstagswahlen zeigen, immer noch die Mehrheit des preussischen Volkes. Machen wir erst einmal diese Mehrheit zu einer Minorität, dann wird auch die Stunde des Dreiklassenwahlrechts schlagen, ohne politischen Massenstreik. Als in Sachsen die bürgerlichen Parteien jene vernichtende Niederlage bei den Reichstagswahlen erlitten, die ihnen heute noch so schwer in den Gliedern liegt, da tauchte recht schnell bei ihnen die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Reform des Landtagswahlrechts auf. Sie hat sich noch nicht zu Taten umgewandelt, aber darauf kommt es nicht an. Die Lektion vom 16. Juni 1903 wird noch einmal, vielleicht noch ein paarmal wiederholt werden müssen, ehe die herrschenden Klassen ihre Positionen preisgeben, aber sie werden dieses tun, wenn die Mehrheit der Bevölkerung sich in steigendem Maße der Sozialdemokratie zuwendet. Und genau so liegen die Dinge in Preußen. Schaffen wir erst ein rotes Preußen, dann fällt uns ein modernisiertes Wahlrecht als

reife Frucht in den Schoß. Ehe wir das nicht erreicht haben, bietet auch der politische Massenstreik keine Aussicht auf Erfolg, und im Grunde genommen haben wir ja auch gar kein Recht, von der Gesetzgebung die Erfüllung von Forderungen zu verlangen, die nicht von der Mehrheit des Volkes erhoben werden.

Wir sind nicht so vermessend zu sagen, der politische Massenstreik werde stets unangewandt sein, solange dem Proletariat andere Kampfmittel zu Gebote stehen. Wer vermag in die Zukunft zu blicken und die Möglichkeit der politischen Entwicklung vorzusagen? Aber ihn, mit dem offiziellen Parteistempel versehen, in die Liste unserer Kampfmittel aufzunehmen, das halten wir für unzweckmäßig. Die Möglichkeit seiner Durchführung ist mehr als zweifelhaft, das beweisen die bisher vorliegenden Erfahrungen, und man braucht nur die Augen auf die Ausführungen des Genossen Wliegen in der „Neuen Zeit“, der aus der unmittelbaren Erfahrung schöpft, zu lesen, um zu sehen, wie berechtigt die Einwände gegen den politischen Massenstreik sind. Andererseits bestehen sogar bei den Anhängern des neuen Kampfmittels Zweifel darüber, ob es gut ist, viel davon zu reden. Kantstky meint, man müsse es diskutieren, und sei es auch nur, um zu verhindern, daß er zu unrechter Zeit und Gelegenheit Anwendung finde, andre wieder — wir zitieren die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ — meinen, der Massenstreik gehöre „zu den eilichen guten Dingen, die man erforderlichenfalls tun, von denen man aber so wenig wie möglich spricht“. Dazu kommt, daß unsere stetige Organisationsarbeit Gefahren läuft, wenn wirklich der politische Massenstreik vom Parteitag als geeignetes Kampfmittel bezeichnet wird. Das ist namentlich für die Gewerkschaften von Bedeutung, die an dem Beispiel der generalstreiklustigen Franzosen sehen können, wohin die Gewerkschaftsbewegung kommt, wenn sie unter dem Einfluß sich nach dem Kölner Gewerkschaftskongress nicht genug im Sinne an herabsetzenden Äußerungen über die Gewerkschaftsführer, entdeckt, es sei ein hervorragendes Merkmal der russischen politischen Streiks, daß sie unternommen werden konnten, obgleich es in Rußland „so gut wie gar keine Gewerkschaften, keine Klassen, keine Koalitionsrechte, keine Schulung und Erfahrung auf dem Boden großer politischer oder auch wirtschaftlicher Kämpfe, dafür einen Militärstaat in brutalsten Formen“ gibt.

Das sind Äußerungen, die zur Vorsicht mahnen, und sicherlich haben besonders die Gewerkschaften alle Ursache, zu verhindern, daß ihrer zähen, erfolgreichen Kleinarbeit Hindernisse in den Weg gelegt werden durch die Propaganda für eine Methode, der man mit Recht sehr skeptisch gegenüber stehen darf.

Wir haben schon betont, daß weder die Genossin Holtz noch andre Vertreter des neuen Kampfmittels viel Mühe darauf verwenden, uns zu zeigen, wie es angewandt werden soll neben den üblichen Methoden. Auch über die doch sehr beachtenswerten Einwände, die Wliegen erhebt, geht unsere Autorin mit auffälliger Kürze hinweg. Im Grunde genommen ist wegeleitend bei allen Beschwörungen des politischen Massenstreiks der Grundgedanke, daß der Generalstreik nicht ein revolutionäres Mittel, sondern die Revolution schlechthin bedeutet. Das ist auch richtig. Man denke sich z. B. einmal in Deutschland einen politischen Massenstreik zur Erhaltung des Reichstagswahlrechts, von dem ja schon die Rede war. Sollte dieser Streik glücken, dann bedeutet das einen so großen Einfluß des Proletariats auf die ganze Staatsmaschinerie, daß die siegenden Proletarier wirklich Loren wären, wenn sie sich damit begnügten, die Erhaltung des Wahlrechts durchzusetzen. Siegreiche politische Massenstreikbewegungen sind nur denkbar, wenn dem Proletariat durch den Streik ein entscheidender Einfluß auf die Staatsmaschinerie zufällt. Es kann dann so gut die ganze Gewalt wie ein Stück derselben ergreifen, und es wird nicht zögern, das erstere zu tun. So geht der politische Massenstreik, auch wenn er nur um einen Teil unternommen wurde, doch immer aufs Ganze.

Mag sein, daß das in den Augen mancher Befürworter des politischen Massenstreiks ein Argument mehr zu seinen Gunsten ist. In unsere Auffassung von der zukünftigen Entwicklung passen aber Revolutionen nicht hinein und am allerwenigsten solche, die das Proletariat wenn nicht provoziert, so doch erwartet, und für die es sich rüsten muß. Wir halten daher den politischen Massenstreik nicht für eine Methode im Klassenkampf, deren Anwendung Nutzen verspricht, geschweige denn unerlässlich ist.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 19. Juli 1905.

Wohin flieht der Kolonialfetat?

In der Deutschen Tageszeitung veröffentlicht der Vorsitzende der Gruppe Meinungen der Deutschen Kolonialgesellschaft, Gerstenhauer, folgende heftige Angriffe gegen die kapitalistische Ausbeutung, die die „Südwestafrikanische Siedlungsgesellschaft“ betreibt. Er wirft der mit Staatsmitteln glänzend unterstützten Gesellschaft vor, daß sie die Bestimmung der Kolonie erschwere, statt sie zu erleichtern und aus dem Verkauf der ihr geschenkten Ländereien ungeheure Gewinne herauszuwirtschaften. Nach der eignen Bilanz des Hauptmachers der Gesellschaft, Herrn Bohlen-Essen, habe seine Gesellschaft bei einem Aktienkapital von 163 000 Mark bis 1903 einen Gewinn von 517 000 Mark erzielt. Herr Gerstenhauer schreibt:

Wir müssen gegenüber den Sonderinteressen gewisser Unternehmer, die auf Staatskosten Profit suchen, das Staatsinteresse, die Interessen der Gesamtheit vertreten. Das ist eine Forderung, von der die ganze Existenz der deutschen Kolonien abhängt. Denn wenn wir ihr nicht gerecht werden, so werden allmählich die Steuerzahler und ihre Vertreter im Reichstag der unaufhörlichen awedlosen Ausgaben müde werden, und damit wären die deutschen Kolonien überhaupt verloren. Diese Kolonialmüdigkeit ist jetzt schon da; schon jetzt ist durch die Konzeptionspolitik, durch die Praxis gewisser Gruppen von kolonialen Unternehmern, die es liebt, mit Reichszuschüssen und auf Reichskosten zu operieren, unsere Kolonialpolitik in Mißkredit geraten. Am 20. Oktober 1902 schrieb uns ein hochangesehener Anbieder, der bekannte C. Hermann-Nomtas über die „Kolonial-Lanten“: „So flieht der ganze Kolonialfetat in die Taschen weniger „Wissenden“, und die Kolonie bleibt arm und wimmelt von ruinierter Existenz.“

Herr Gerstenhauer ist ein Kolonialutopist. Er weiß nicht, daß die Kolonialpolitik eine Teilercheinung der kapitalistischen Wirtschaft ist, und daß man mit ihr keinen Grund mehr vom Ofen lockt, wenn man mit ihr keine Geschäfte mehr machen kann. Zudem ist Südwestafrika zur Bestimmung durch Europäer total ungeeignet, und wer sich nicht vom kapitalistischen Kolonialschwindel betören läßt, wird immer lieber nach Amerika, als nach dem Lande der Severos gehen. Herr Gerstenhauer gerät in einen logischen Fehlzirkel, wenn er die Kolonialmüdigkeit bekämpfen will, indem er den kolonialen Kapitalismus bekämpft, der erfahrungs- und naturgemäß die brutalste und korrupteste Form der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt sein muß.

Die Slawendemokratie und das monarchische Europa.

Mit steigender Angst verfolgen die deutschen Reaktionen, was sich drüben in Rußland ereignet. Obwohl sie immer gleich dabei sind, jedes stolze und selbstbewußte Wort, das von der Revolutionspartei gesprochen wird, als „lächerliche Großsprecherei“ zu bezeichnen, ergehen sie sich selbst in gräßlichen Angstphantasien und sind in unbewachten Augenblicken viel eher geneigt, die Gewalt der Revolution zu überschätzen als zu unterschätzen. Der fromme Freiherr v. W., der nach dem Dreimillionenkrieg der Sozialdemokratie in der „Kreuzzeitung“ das Geständnis herausgeschlortete, er wolle lieber bei einem gewöhnlichen Hochwasser ertrinken, als in der roten Revolutionsschlut untergehen — denn das Wasser sei viel barmherziger — war keineswegs eine vereinzelte Erscheinung.

Ein unverfälschtes Angstprodukt ist auch ein Artikel über den „moralischen Zusammenbruch der Schwarzmeer-Flotte“, den die „Kreuzzeitung“ vom Dienstag abend veröffentlichte. Nachdem der Verfasser die Affäre des „Kujas Potentkin“ als „die schwerste Niederlage und einen stärkeren Schlag als bisher zu Wasser und zu Lande erlittenen Verluste“ während beklagt, angstmietert er über deren Folgen folgendenmaßen:

... man muß auch mit der Möglichkeit rechnen, daß die revolutionäre Bestimmung der Bevölkerung Rußlands sich auf diese verwandten Stämme (auf dem Balkan) erstreckt und dort plötzlich einen Brand entfacht, dessen Wirkungen gar nicht abzusehen sind. Das monarchische Rußland ist friedlich gesinnt, der Panlawismus ist demokratisch (1) und erstreckt den Angriff aller Verhältnisse. Sollte in der Tat die Demokratie vorübergehend der maßgebende Faktor im zaristischen Rußland sein, so wären Zusammenstöße nach verschiedenen Seiten hin wahrscheinlich. Und diese Zusammenstöße könnten eine so bedeutende

höheren Charakter tragen, als dann nicht nur die russische Demokratie, sondern die gesamte Slawendemokratie geschlossen gegen das monarchische Europa zusammenstehen würde.

Abgesehen von der albernen Gleichstellung des reaktionär-dünkelhaften Panfslawismus mit der slawischen Demokratie, hat ja das Zukunftsbild der „Kreuzzeitung“ manche Wahrscheinlichkeit für sich. Wenn zur russischen Revolution die notwendigen nationalen Auseinandersetzungen in Oesterreich-Ungarn und auf der Balkan-Halbinsel allmählich oder plötzlich hinzutreten, dann würden sich allerdings auf dem europäischen Festlande tiefgreifende Veränderungen der Staatsform vollziehen, bei denen das „monarchische Prinzip“ sich dem alten Deutschland angriffslos entgegenstellen oder ob es das „monarchische Europa“ nicht vielleicht ruhig im eignen Bett schlummern ließe, darüber möchten wir allerdings mit dem „Kreuzzeitungs“-Jeremias keine Wette wagen. Offenbar ging ihm bei seiner Prophezeiung das Wort des alten Anacharsis Cloats im Kopfe herum, man dürfe nicht alle Menschen zu Franzosen, man müsse sie aber alle zu Republikanern machen, und so sieht er prophetischen Blicks russische Sankulotten in Berlin einziehen und dort die germanische Republik proklamieren. Daß er aber dabei den naheliegenden Gedanken übersehen hat, die Deutschen könnten etwa die ganze Sache in eigener Regie besorgen, ist einigermassen verwunderlich.

Doch wir wollten mit dem Leitartikel der „Kreuzzeitung“ ja nicht diskutieren, sondern ihn nur als einen klinischen Fall der in höheren Kreisen grassierenden Revolutionen vorführen. Das monarchische Europa, soweit es von der „Kreuzzeitung“ repräsentiert wird, sitzt augenblicklich auf einem ganz andern Stühchen, als auf dem glänzenden Thron der Macht.

Schmutzige Wäsche.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erzählen von der Kieler Woche folgende Geschichte:

Der Kaiser ließ an einem Tage der Kieler Woche von seiner Yacht „Hohenzollern“ aus der auf dem Kriegshafen ankernden Flotte Flaggen signale zugehen. Diese Signale müssen zum Zeichen, daß sie richtig erkannt worden sind, von jedem Schiff wiederholt werden, und der Monarch selbst betrachtete von der Kommandobrücke aus das Signalisieren der Kriegsschiffe. Plötzlich ging am Mast des kleinen Kreuzers „Frauenlob“ statt des Wimpels ein wüster schmutziger Lappen hoch. Der Vorfall wurde sofort vom Kaiser bemerkt und ein Offizier an Bord S. M. S. „Frauenlob“ geschickt, um Aufklärung über den Zwischenfall zu erhalten. Der Offizier kam mit der Meldung an den Kaiser zurück: Die Mannschaft der „Frauenlob“ habe durch das Hissen des schmutzigen Leinwandlappens die Aufmerksamkeit des Kaisers auf den Kreuzer lenken wollen, in der Hoffnung, auf diese Weise direkt eine Beschwerde bei dem Monarchen anbringen zu können. Seit einer tiefgehenden Revolution gegen den Kommandanten. Die Ursache war die einmütige Uebersetzung der Mannschaft, von ihrem Kommandanten mit unerbittlicher Strenge behandelt zu werden. Schon einmal, vor einigen Monaten, war es zu einer Art Empörung gegen den Kommandanten gekommen. Der Kaiser gab sofort Befehl, der Dampfer „Frauenlob“ habe Dampf aufzunehmen und so schnell wie möglich den Hafen zu verlassen. Er wünsche ein Schiff seiner Flotte, an dessen Bord ein Fall derartiger Disziplinlosigkeit vorkommen könne, nicht mehr zu sehen. Der Kreuzer ging in See und kehrte erst nach Abreise des Kaisers in den Hafen zurück.

Es ist den Scharfmacherblättern natürlich recht unangenehm, wenn solche schmutzige Wäschegeheimnisse von der deutschen Marine erzählt werden, weshalb sie sich schleunigt um das notwendige Dementi bemühten. In unterrichteter Stelle wird, so heißt es, die Wichtigkeit der in ihren Einzelheiten international geschätzten Schilderung der Vorgänge auf der „Frauenlob“ entschieden in Abrede gestellt; namentlich sei die Geschichte mit dem Hissen des schmutzigen Lappens erfunden. Wichtig sei dagegen, daß wiederholt auf der „Frauenlob“ grobe Disziplinwidrigkeiten vorgekommen sind, daß das Schiff auf Anordnung des Kaisers während der Kieler Woche nach der Hohenzollern-Bucht (Djsholstein) geleitet und daß der Kommandant, Kapitän Cajar, einweisen von seinem Posten entlassen worden sei; seine Verabschiedung ist dagegen nicht erfolgt. Behauptet wird, daß der Kapitän durch übermäßige Strenge die Mannschaft bedrückt habe und daß deren Auflehnung die Reaktion dagegen gewesen sei. So beklagenswert sicherlich derartige Vorgänge und andre Vorgehen gegen die Disziplin sowie rohe Gewalttaten sind, von denen die Verhandlungen der Marinegerichte gegen Matrosen in den letzten Jahren häufiger als früher berichtet haben, so macht doch das starke Wachstum unserer Marine einigermassen diese Zunahme erklärlich. Derartige Verfehlungen kommen in allen Marineen vor.

Diese Verächtlichkeiten lassen die Zustände in der deutschen Marine als bedenklicher — vom militärischen Standpunkt aus — erscheinen, wie sie bisher aufgefaßt wurden. Daher auch der Stolz der Scharfmacherblätter, einen „Potemkin“ hätte die deutsche Marine aber Gott sei Dank noch nicht.

Hat man denn selbst das schon erwartet? —

Rußstrat.

Herr Rußstrat, der Postminister, empfindet nach den Aufregungen des Oldenburg-Prozesses nicht das geringste Bedürfnis nach Ruhe. Noch wie vor wird er Leiter des Oldenburgischen Justizministeriums bleiben und in dem Groß-

herzogtum an der Wasserlaute den Themasdienst überwachen. Er will nicht an eine Demission, so verkündigen die ministeriellen „Nachrichten“ und fügen hinzu, daß auch die Staatsanwaltschaft keine Revision gegen die Freisprechung des Kellners Meyer einlegen werde.

Das Letztere hätte sie ruhig tun können, denn genügt hätte es nicht; daß Herr Rußstrat aber im Amt bleibt, ist eine Tatsache, die mehr die „staatsbehaltende“ Presse interessiert wie uns. Das „Vertrauen zur Rechtspflege“ ist eine Pflanze, die auf proletarischen Aedern schon lange nicht mehr gedeiht, und wie grünen uns darüber nicht. Wohl aber erweckt dieser Justizminister, der „Aufrichtige Sieben“ nur spielt, bis er Oberstaatsanwalt wird und dann sich mit dem „harmloseren“ Pokern begnügt, doch einiges Unbehagen bei bürgerlichen Presseorganen. Die „Kölnische Zeitung“ gab ihm in dieser Weise Ausdruck:

Die Verhandlungen in Oldenburg haben sich so gestaltet, daß neben dem Kellner Meyer das gerichtliche Verfahren auf der Anklagebank saß, wie es in den verschiedenen Rußstrat-Prozessen in Oldenburg geübt worden ist. Die Berichte der Presse, die niemals ein vollständig erschöpfendes Bild einer Gerichtsverhandlung liefern, vermögen besonders nicht den psychologischen Eindruck wiederzugeben, den diejenigen, die wirklich der Verhandlung beiwohnten, von den Angeklagten und den Zeugen erhalten haben. Trotzdem darf wohl als Ergebnis des Oldenburg-Prozesses festgehalten werden, daß die früheren Verhandlungen in Oldenburg nicht in voller Objektivität geführt worden sind, und daß sich dort unter dem Einflusse des Milieus eine gewisse Erbitterung gegen diejenigen Leute bemerkbar gemacht hat, die in den Oldenburgischen Hofarbeitsämtern Steine geworfen haben. Man darf da wohl von einer Befangenheit reden, die keineswegs auf Voreingenommenheit zu beruhen braucht, sondern lediglich in den allgemeinen Verhältnissen begründet war. Daß man im Interesse der Justizpflege besser getan hätte, auch die ersten Prozesse nicht in Oldenburg verhandeln zu lassen, haben die Ergebnisse in Oldenburg recht deutlich gezeigt; denn nach den jetzigen Zeugenausagen ist wohl nicht mehr in Abrede zu stellen, daß eine ganze Reihe Zeugen durch das Oldenburgische Verfahren so eingeschüchtert worden war, daß sie sich mit ihren Aussagen nicht hervortrauten. . . . Man mag tun was man will, der Eindruck wird bleiben, daß zwischen dem Verfahren des Oldenburgers und dem des Oldenburgers ein Unterschied besteht, der nicht zum Vorteil des Oldenburgers ist. Derartige Meinungen, wenn auch nur mit einem Schein der Berechtigung, aufkommen zu lassen, liegt aber nicht im Interesse der Rechtspflege. Was Herr Rußstrat angeht, so sind wir, wie gesagt, durchaus nicht der Ansicht, daß die Freisprechung Meyers eine Verurteilung Rußstrats in dem Sinne bedeute, daß er nunmehr des Meineids überwiefen wäre, oder daß es einer neuen Gerichtsverhandlung bedürfe, um die Schuld der Unschuld des Ministers zu beweisen. Die Stellung des Herrn Rußstrat scheint uns nach diesem Prozeß allerdings vollends unhaltbar geworden zu sein. Am besten wäre es gewesen, wenn er von vornherein, um jeden Anschein der Beeinflussung zu vermeiden, sein Amt, wenn auch nur zeitweilig, niedergelegt hätte. Was an Nachteiligem jetzt zutage getreten ist, fällt nun nicht nur 87 Justizbeamten des Landes, zurück, und damit ist eine Lüge gegeben, die uns durchaus unlieblig erscheint. Ein Minister, vor allem aber der Justizminister, muß eine unanfechtbare moralische Autorität darstellen. Ob Herr Rußstrat diese heute noch besitzt, möchten wir füglich bezweifeln.

Herr Rußstrat zweifelt aber nicht an seiner „moralischen Autorität“ und die verurteilten Redakteure Biermann und Schwehnert, die in den oldenburgischen Gesängnissen hocken und Körbe flechten müssen, dürfen nicht die Hoffnung hegen, daß ein anderer Justizminister, der nicht persönlich an ihren Prozessen interessiert ist, eine menschenwürdigere Art des Strafvollzugs eintreten lasse.

Wichtiger wie die persönliche Seite des Falles Rußstrat ist die Beleuchtung, die er dem ganzen Prozeßverfahren zuteil werden läßt. Damit beschäftigt sich die „Frankf. Zig.“, die folgendes ausführt:

Das ganze Vor- und Untersuchungsverfahren zeigte alle die schweren Mängel, die dem Inquisitionsprozeß anhaften. Die Art, wie der „Reineidsprozess“ Polizeikommissar Böning den Angeklagten „bearbeitete“, ihm Vertrauen zu sich und Mißtrauen gegen die Verteidiger einzuspielen suchte und ihm durch das Vorreden einer milden Strafe ein — später allerdings widerzujenes — halbes Geständnis abschmeichelte, ihn mit fortwährenden langen und anstrengenden Verhören quälte, ist das Unerhörteste, was man sich denken kann. Wenn man nach diesem Beispiel seine übrigen „Erfolge“ bemerkt, so ergibt sich daraus eine schwere Anklage gegen eine Rechtspflege, die eine solche Tortur für die Angeklagten duldet. Die mittelalterliche Folter kann auch nicht viel schlimmer gewirkt haben, wie diese Behandlung eines jungen Menschen, der absolut mitre gemacht werden sollte. Dieser aus Bremen geholte Polizeikommissar spielt überhaupt eine recht sonderbare Figur. Er hat höchst verärgliche Aeußerungen getan: daß mit hohen Herren nicht gut Reden sein sei, und daß er wie andre von Meyers Unschuld überzeugt sei. Letzteres hat er zwar eiblich abgestritten, zwei andre Zeugen haben es aber ebenso bestimmt behauptet. Nach dem oldenburgischen Beispiel hätte man ihn also auch wegen Reineidsverdachts gleich den Prozeß machen können. Am aller schlimmsten ist, daß die Behandlung des Angeklagten in Oldenburg abgesehen auf andre Zeugen gewirkt, daß jeder sich scheute, zu sagen, was er wußte, aus Furcht, auch gleich verhaftet zu werden. Und diese Furcht hat der Untersuchungsrichter durch eine beispiellose Behandlung der Zeugen verstärkt, nicht nur durch Aeußerungen, die als Drohungen aufgefaßt wurden, sondern vor allem dadurch, daß bei der Vernehmung der Zeugen ein Schamann hinter ihnen stand, der sie auch wieder hinarbeitete und ihnen sogar ins Klosett folgte. Gegen ein derartiges Verfahren muß entschieden Einspruch erhoben werden. Es hat tatsächlich die Wirkung gehabt, daß die Zeugen Furcht vor der Vernehmung hatten, nicht offen ans Licht heranzutreten und zum Teil wahrheitswidrig zu antworten. Das Angeklagte ansagen. Die oldenburgische Justiz ist auch durch eine andre Aussage in ein eigenartiges Licht gerückt worden, nämlich durch die Aussage eines Hoteliers, der wegen Duldung des

Wirtspiels angetagt, zu ungewöhnlicher Zeit vernommen und mit keiner Frage nach den Spielern beehelligt wurde, ja nicht einmal die Aufnahme eines Protokolls durch den Untersuchungsrichter erreichte; die Spielgäste dieses Mannes waren zuna großen Teil Juristen.

Diese Ausstellungen des demokratischen Blattes sind gewiß berechtigt. Dagegen darf man bezweifeln, daß sie großen Eindruck auf die juristische Bureaukratie machen werden, die es für wichtiger hält, den Laiengerichten das Genick umzudrehen, als für den Schutz von Zeugen und Angeklagten zu sorgen.

Deutschland.

* Berlin, 19. Juli. Zu dem Plan einer Reichsfinanzreform, über die schon allerlei ganz oder halb unrichtige Mitteilungen in die Oeffentlichkeit gebracht worden sind, läßt sich die „Nationalliberale Korrespondenz“ wie folgt aus: „Es scheint erwartet zu werden, daß der Reichsschatzsekretär eine kleine reduzierte Reichserbschaftsteuer, eine Brauksteuerreform und eine Tabaksteuer-Vorlage im Herbst den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches vorlegt. Die Reichserbschaftsteuer-Vorlage ist von vornherein dahin beschränkt, daß Ehegatten und Defizienten nicht mit in Betracht kommen. Die Brauksteuer sieht lediglich einen Ausgleich vor, der zwischen den größeren Brauereien und den mit minder vorzüglichen Einrichtungen versehenen Platz greifen soll, damit die kleineren Brauereien neben den größeren und mittleren weiter bestehen können. Ob bei der stärkeren Heranziehung des Tabaks eine Erhöhung des Tabakzolls in Frage kommt, muß abgewartet werden.“ Das heißt also, der Tabak muß bluten, die Erbschaftsteuer aber kommt nur anstandslos mit ins Steuerbuch. Sie wird so ausgestaltet, daß sie niemand wehe tut, aber auch nichts einbringt.

* München, 19. Juli. Die noch ausstehenden Wahlen in der Pfalz wurden Montag nicht erledigt, so daß gestern weiter gewählt werden mußte. Das Gesamtergebnis der bayrischen Landtagswahlen läßt sich daher auch heute noch nicht mitteilen. Die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten, deren Namen wir gestern nicht mitteilen konnten, sind die Genossen Körner, der in Ludwigshafen, und Klement, der in Kaiserslautern gewählt wurde. Ueber ein angeblich in letzter Stunde in Fürth versuchtes Wahlgeschäft enthalten die bürgerlichen Zeitungen folgende Mitteilung: Segitz, unser Parteigenosse, der in der Pfalz gewählt wurde, bot unmittelbar vor der Wahl in Erlangen-Fürth dem Bunde der Landwirte an: die 57 sozialdemokratischen Wahlmänner seien bereit, sich mit den 54 bündlerischen dem Bunde der Landwirte anzuknüpfen, wenn dieser am Donnerstag bei der Reichstagswahl Wahlenthaltung üben, damit die Wiederwahl des freisinnigen Warbeck vereitelt und Segitz in den Reichstag besördert würde! Aber die Bündler hielten an dem Kartell mit den 87 Liberalen fest und beantragten, sich mit einem Mandat wie unser Nürnberger Parteiorgan mitteilt, ist diese Nachricht vom ersten bis zum letzten Buchstaben erlogen. Es ist einfach ein freisinniges Wahlmanöver zur Reichstagswahl, die morgen stattfindet.

* Stuttgart, 19. Juli. Die Verfassungs-Kommission des württembergischen Landtags hat im Eiltempo die erste Lesung der Vorlage beendet. Neben einigen Fortschritten, die in der Schaffung eines Erbes für die aus der Zweiten Kammer ausscheidenden Privilegierten durch 17 mittels des Proporz aus den vier Regierungsfreien zu berufenden Ersatzabgeordneten, Gültigkeit der relativen, aber mindestens ein Drittel der abgegebenen Stimmen betragenden Mehrheit, Herabsetzung des passiven Wahlrechts vom 30. auf das 25. Lebensjahr bestehen, sind auch reaktionäre Konzessionen gemacht worden. So wurde dem Rittersowie der berufständigen Vertretung in der Ersten Kammer je ein weiterer Vertreter zugebilligt. Mit der den Reaktionären eignen Fähigkeit forderten die Ritter in der Kommission eine Erweiterung des Budgetrechts der Ersten Kammer auf Kosten der Zweiten, ein Wunsch, der nebenbei in der Praxis noch zu den bedenklichsten Komplikationen geführt haben würde und der in erster Lesung mit Recht eine Erfüllung nicht fand. Dieser Punkt gefährdet die ganze Vorlage. Die Sozialdemokratie wird für größere budgetrechtliche Kompetenzen der Ersten Kammer unter keinen Umständen zu haben sein.

Die russische Revolution.

Der Semstwo-Kongreß.

Zwischen der russischen Regierung und den Semstvos wird gegenwärtig ein Entscheidungskampf ausgefochten, der unter Umständen äußerst blutig verlaufen kann, da beide Parteien mit größter Hartnäckigkeit bei ihrem Vorhaben verharren. Die Semstvos wollen durch den für Mittwoch den 19. Juli geplanten Kongreß eine endgültige Klärung der Lage herbeiführen, die russische Regierung aber bietet alle Kräfte auf, um das Zustandekommen dieses Kongresses, wie anderer Veranstaltungen zu verhindern. Nichtsdestoweniger wird von beiden Seiten eine kolossale Agitation entwickelt. So werden die Gouvernements- und Bezirkssemstvos aufgefordert, in einzelnen Rayons Abstimmungen vorzunehmen, die dann eine geeignete praktische Verwertung finden werden, falls eine öffentliche Tagung vorläufig nicht stattfinden sollte. Der Polizeiminister Trepow hat seinerseits in Petersburg, vor allem aber in Moskau, die umfassendsten Vorkehrungen getroffen, um jede Kundgebung zu unterdrücken. Da mehrere hervorragende Führer der Semstvos und Städte bereits nach Moskau abgereist sind, ist dort ein besonderer „polizeilicher Bahnhof- und Hoteldienst“ eingerichtet worden, um nötigenfalls die „schädlichen Elemente“ aus Moskau zu entfernen. In den beteiligten russischen Kreisen sieht man den kommen-

Soziales.

Der Vär des Bürgermeisters. Wir lesen in der „Kommunalen Praxis“ des Genossen Südekum: Auf einem Feste des schleswig-holsteinischen Städtetags hielt der Bürgermeister Anz von Elmshorn die Festrede auf die Gäste und gab ihnen in Ermanglung besserer Gaben, die in dem bescheidenen Städtchen (Elmshorn) nach seiner Versicherung nicht zu finden seien, einen „guten Rat“ mit auf den Weg, über den sich nach den Berichten der bürgerlichen Blätter die ganze Gesellschaft, der Oberpräsident der Provinz und der Regierungspräsident, die Bürgermeister und Stadtverordneten sehr amüsiert haben sollen. Der „Rat“ war sogar illustriert, denn als dieser Passus des Bürgermeister-speeches anhub, wurde ein elektrisch erleuchtetes Transparent enthüllt, das die Umrisse eines gewaltigen Vären zeigte, mit der geistvollen Aufschrift: „Mensch, ärgere dich nicht!“ Der Bürgermeister aber sprach: „Mein Wahlspruch, der jenseits dort oben in goldenen Lettern erscheint, wird wohl jedem von ihnen ab und zu von Nutzen sein. Zur näheren Erläuterung möchte ich dazu bemerken, daß ich seit zirka 20 Jahren einen kleinen Vären mit dieser Aufschrift besitze und in der Westentasche bei mir trage — also keinen lebendigen. Wollten nun böse Stadtverordnete oder andre Menschen mich ärgern, so brauche ich nur meinen Vären zu befehlen — ich stelle ihn auch wohl in den Sitzungen vor mir auf den Tisch und seh ihn an — und an Ärger war nicht zu denken.“ Leider sei es ihm nicht möglich gewesen, eine größere Anzahl solcher Vären aufzutreiben, um sie den Gästen zu bedingieren, aber auch so könnten sie sich seinen Wahlspruch merken und ihn als Gewinn vom Städtetag mit nach Hause nehmen.

Die Berichte verzeichneten „allgemeine Heiterkeit“, und besonders Herr von Wilnowski, der Oberpräsident der Provinz, soll wohlgefällig geschmunzelt haben. Der Herr wird gewiß an seinen Vorgänger, Matthias von Köller, gedacht haben, der an dem Bürgermeisterstag sicher seine helle Freude gehabt und in dem Anzischen Vären das Symbol seines „berühmten“ nord-schleswigischen Kurzes begrüßt haben würde, wenn es auch ein zoologisches Rätsel bleibt, weshalb Herr Anz als Repräsentant jener Dichthäuter-marime gerade Meister Pöz gewählt hat.

Die Heiterkeit der Elmshorner Stadtväter aber muß sehr süßsauer gewesen sein, da sie sich solchermaßen auf dem von ihnen selber veranstalteten Feste verhalten lassen mußten. Und die Geschichte hat auch für den Kenner der Verhältnisse in der Tat einen ersten Hintergrund. Herr Anz lebt nämlich mit den Elmshorner Stadtverordneten in stetem Unfrieden, da er bei jeder Gelegenheit seine Kompetenzen zu überschreiten sucht. Erst kürzlich gab es im Elmshorner Stadtparlament geradezu tumultuöse Sitzungen; der Bürgermeister wurde sogar zum Abtanzen aufgefordert, blieb aber unerschütterlich bei seinem Värchen. Der Herr hätte nämlich um ein Haar die Stadt um mehr als 200 000 Mark geschädigt. Er war als Vertreter der Elmshorner Aktien zum Vorsitzenden im Aufsichtsrat der Elmshorn-Barmstedt-Oldesloer Eisenbahn gewählt worden und schloß, während er die Geschäfte der Gesellschaft allein führte, mit einem Berliner Bauunternehmer Verträge über den Bau der Bahn ab, die eine solche Ueberschreitung der üblichen Preise enthielten, daß, wenn die Verträge Rechtskraft erlangt hätten, das ganze

Unternehmen verfracht wäre. Als die Sache in letzter Minute aufgedeckt wurde, ließ er in den Stadtkollegien die leidenschaftlichsten Anklagen der Stadtverordneten teilnahmslos über sich ergehen. Die Elmshorner Stadtverordneten haben jetzt wenigstens nachträglich ersehen, welchem geheimen Talisman Herr Anz damals und bei ähnlichen üblen Gelegenheiten seine „Seelenruhe“ zu verdanken hatte.

Der Oberbürgermeister von Kiel, Herr Fuß, der im Namen der Gäste auf die Ansprache des Herrn Anz zu antworten hatte, schien übrigens die Situation in Elmshorn genau zu kennen, denn er bemerkte ironisch, man sollte nicht nur sich selbst nicht ärgern, sondern auch seine Mitbürger nicht ärgern und dafür sorgen, daß ein gutes Einvernehmen mit den städtischen Kollegien zustande kommt. Hauptsächlich haben sich die kommunalen Gewaltigen von Schleswig-Holstein auch diese Ergänzung des Anzischen „Wahlspruchs“ gemerkt.

Provinz und Umgegend.

Die Blitzschläge in Preußen in Stadt und Land.

In neuerer Zeit ist viel von einer starken Zunahme der Blitzgefahr die Rede. Eine von der „Statistischen Korrespondenz“ veröffentlichte Uebersicht bestätigt diese Meinung nicht ganz; sie zeigt vielmehr, wie die Blitzgefahr nach der Zahl der Fälle von Jahr zu Jahr ungleichmäßig schwankt. Recht deutlich lassen sich dabei einzelne Perioden offenbar gewitterreicher Jahre unterscheiden, in denen sich die Blitzgefahr ganz auffallend erhöht; alsdann aber folgen wieder Perioden geringerer Blitzgefahr. So erscheint um 1881—83 die Blitzgefahr gering; sie steigt gewaltig von 1884—86, fällt 1887—88, steigt von neuem 1889—91, fällt etwas 1892—94, nimmt wieder sehr stark zu 1895 und 1896, um in den beiden nächsten Jahren erheblich zurückzugehen; dann folgt ein neuer Hochgang 1899 und 1900 und endlich ein beträchtlicher Niedergang in den Jahren 1901—1903.

Eine auffallende Zunahme zeigen die kalten Blitzschläge; sie dürften aber wohl in der Hauptsache, wenn nicht ganz überwiegend, auf die genauere Berichterstattung zurückzuführen sein. Am beweiskräftigsten für die Vergleichung sind jedenfalls die zündenden Blitzschläge. Und da ergibt es sich, daß die letzten Jahre geringerer Blitzgefahr 1902 und 1903 auf dem Lande zusammen mit 1451, die früheren gewitterschwachen Jahre 1887 und 1888 mit 1470 Blitzschlägen vertreten sind. Für die Städte betragen die Vergleichszahlen gar 186 der jüngeren gegen 222 der älteren Periode. Die beiden vorhergehenden blitzreichen Jahre 1885 und 1886 weisen für das Land zusammen 2175, für die Stadt 283 zündende Blitze auf, die jüngsten blitzreichen Jahre 1899—1900 auf dem Lande 2592, in den Städten 393, was allerdings namentlich für die Städte eine nicht unerhebliche Erhöhung der Blitzgefahr bedeutet, die naturgemäß durch die Zunahme der Bevölkung mit bedingt ist.

Was den durch Blitzschlag verursachten Schaden anlangt, so unterliegt dieser ähnlichen Schwankungen wie die Anzahl der Blitzschläge selbst. In den Jahren 1885/86 betrug der Gesamtschaden 9,99, 1887/88 nur 6,13 Millionen Mark. Die größten Schadensbeträge weisen die Jahre 1895 mit 6,51 Millionen Mark und 1900 mit 6,57 Millionen auf. Am niedrigsten war der Schadenbetrag 1887 (2,75 Millionen Mark), alsdann 1898 (3,32 Millionen). Betrachtet man den Blitzschaden getrennt nach Stadt und Land, so ergibt sich, daß die großen Städte einen sehr geringen Schaden durch Blitzschläge erleiden; er schwankt von 5000 bis 571 000 Mark und beträgt im 19-jährigen Durchschnitt 1885/1903 nur 75 200 Mark, darunter an Immobilien-

schaden 42 400 Mark. Im Verhältnis zum Gebäudewerte, der allein in Berlin für diesen Zeitraum 3—4 Milliarden Braubauswert betragen hat, für alle Großstädte wohl das Doppelte, ist der fragliche Schaden winzig; es dürfte kaum 1/200 000 des Gebäudewertes jährlich durch Blitzschlag vernichtet werden. Bedeutender ist der Schadenbetrag bereits in den kleineren Städten, wo er von 137 000 Mark im Jahre 1890 bis 411 000 im Jahre 1900 schwankt; der Durchschnittsbetrag erreicht 258 000 Mark. Das ganze Schwerkgewicht der durch Blitz verursachten Schäden hat das flache Land zu tragen; auf die Landgemeinden und Gutsbezirke entfallen allein 83,3 Millionen oder rund 93 v. H. des 89,6 Millionen betragenden Gesamtschadens im Zeitraum von 1885 bis 1903. In den Großstädten dürfte die Anlage von Blitzableitern nur in den seltensten Fällen, bei sehr kostspieligen Gebäuden, die z. T. unerlässliche Schätze enthalten, als Museen, Bibliotheken u. dergl. sich als eine nützliche Kapitalanlage erweisen. Es mag wohl sein, daß die Großstädte durch die vielen vorhandenen Drahtleitungen bisher sehr gut gegen Blitzgefahr geschützt waren. In den kleineren Städten, wo es wenig kostspielige Gebäude gibt, dürften Blitzableiter auch kaum von Wert sein, wenn man vom psychologischen Momente, der Beruhigung bzw. dem Sicherheitsgeföhle des Menschen abliest, der sich in einem durch einen Blitzableiter geschützten Gebäude weiß. Ob und inwiefern das flache Land mehr Blitzableiter braucht, richtet sich natürlich in erster Linie nach dem Charakter und dem Werte der Gebäude, sodann nach der örtlichen Blitzgefahr; es gibt bekanntlich sog. „Fogel- und Gewitterstraßen“, deren Anwohner einer starken Blitzgefahr ausgesetzt sind.

Wiederitz, 18. Juli. (Eine Gemeindevertreter-Sitzung) findet am Donnerstag den 20. Juli, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Hirsch statt. Das Statistiken derselben am Abend bietet vielen Gemeindegliedern Gelegenheit, sie zu besuchen.

Groß-Otterleben, 18. Juli. (Parteiversammlung.) Am 15. Juli tagte im Strumpfhäuser Lokale die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Zunächst erstattete der Kassierer den Bericht vom verfloffenen Quartal, worauf ihm einstimmig Entlastung erteilt wurde. Dann erstattete Genosse Klotzsch Bericht über die Zusammenkunft unserer Gemeindevertretung, worauf unsere Vertreter beauftragt wurden, in einer der nächsten Sitzungen zu beantragen, die Zahl der Gemeindevertreter von 12 auf 24 zu erhöhen. Ferner wurde die schlechte Beschaffenheit des Weges Wittenkamp-Beunenbed einer scharfen Kritik unterzogen. Als Unterkassierer für Beunenbed an Stelle des Genossen A. W. wurde Genosse Ho... gewählt. Für die diesjährige Kalenderverbreitung ist der 6. August vorgegeben. Die Genossen werden erucht, sobald es nötig ist, sich der Partei zur Verfügung zu stellen, damit ganze Arbeit verrichtet werden kann. Nachdem noch mehrere interne Angelegenheiten geregelt worden waren, trat Schluß der interessanten Versammlung ein.

Groß-Otterleben, 18. Juli. (Die Fabrik- und Landarbeiter) hielten am 16. Juli eine Versammlung bei Strumpf ab. Der Kassierer erstattete den Kassierbericht vom vergangenen Quartal, der einen erfreulichen Aufschwung unserer Zahlstelle erkennen ließ. Es wurden in kurzer Zeit 25 Aufnahmen gemacht. Im zweiten Punkt wurden örtliche Verhältnisse gerügt, speziell bei der Firma Georg Köhne, Beunenbed. Die Leute geben an, inwieweit einen Arbeitstag von morgens 3 Uhr bis abends 6 Uhr anzusetzen. Jedoch müssen sie in der Regel länger arbeiten, wofür sie nichts bekommen. Sie erhalten einen Wochenlohn von 13 Mark, eine Gratifikation von 90 Mark jährlich und 1/4 Morgen Kartoffelfeld. Fürwahr, ein horrendes Lohn für eine derartig lange Arbeitszeit! Im übrigen sind einige Gutsbesitzer schon gewillt, pro Woche 3 Mark zuzulegen, bevor die Leute mit ihren Forderungen kommen. Und diese werden kommen, wenn man nicht vorher schon bewilligt. Darum, Landarbeiter, hinein in die Organisation! Vom Vorwissen wurde noch gerügt, daß so viele Kollegen die „Volksstimme“ nicht abonnieren. Dieses müsse besser werden, denn der „Central-“ und „General-Anzeiger“ vertreten nicht unsere Sache, das geschieht nur durch die Arbeiterpresse.

Leimbörsch, 18. Juli. (Sozialdemokratischer Verein) Die ordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins

Fenilleton.

Nachdruck verboten.

Doktor Ohlffs Geheimnis.

Konnt von L. Lehmann & Thiemer.
(5. Fortsetzung.)

„Doktor Heinrich Ohlff ist seit gestern abend halb sieben Uhr auf unerklärliche Weise verschwunden.“

So stand es in den Zeitungen der Residenz zu lesen. Mit Bestürzung und Staunen vernahmen alle, die den tüchtigen Arzt kannten — und wenigstens wegen seines Renommées konnten ihn alle — die entsetzliche Botchaft.

Und wie war er verschwunden? Mitten aus einer der vornehmsten Straßen heraus, zu einer Zeit, die fast noch nicht dem Abend zuzurechnen war, auf dem kurzen Wege nach einem benachbarten Kaffeehaus, nachdem er den ganzen Tag eifrig in seinem Beruf gearbeitet hatte. Um halb sieben war er fortgegangen, um ein Glas Bier zu trinken, und die Journale zu lesen. Im Cafe war er nicht angekommen. Niemand hatte ihn wiedergesehen — er war so spurlos verschwunden, als hätte ein Zauber ihn hinweggerafft.

Was konnte der Grund seines Verschwindens sein? Ein Unglück, ein Selbstmord, ein Verbrechen?

Zwischen diesen drei Möglichkeiten hatte man die Wahl, jede von ihnen fand ihre Anhänger. Für welche man sich aber auch entschied, immer bedauerte man den Doktor in seiner doppelten Eigenschaft als vortrefflicher Mediziner und prächtiger Mensch. Das Ereignis bildete das Abendgespräch in allen Familien, in allen Restaurants, in allen Klubs und Vereinen. Für die Leidende Menschheit war das Verschwinden des Arztes, wenn derselbe nicht lebend wiedergefunden wurde, woran wohl kaum gedacht werden konnte, ein beklagenswerter Verlust. Man rühmte überall seine beruflichen und menschlichen Eigenschaften. Die Zeitungen erinnerten an ein paar erst in den jüngsten Tagen bekannt gewordene rührende Züge seiner Menschenfreundlichkeit. Einer armen Witwe hatte er empfohlen, sich kräftiger zu nähren. „Ach Gott, Herr Doktor,

ich muß froh sein, wenn ich das Nötigste habe!“ hatte sie bitter geantwortet. Der Doktor nicht teilnahmsvoll, brummt etwas in den Bart und geht. Mittags erscheint zum Erstaunen der Frau der Kellner eines in der Nähe gelegenen Speisehauses mit einer Menage, setzt Schüsseln mit Suppe, Fleisch, Gemüse und Kompott auf den Tisch und erzählt der Matrone, daß sich sein Besuch einen ganzen Monat hindurch wiederholen werde, da Doktor Ohlff für sie auf vier Wochen den Mittagstisch abonniert habe. In dem andern Fall war der Doktor zu einer Familie gerufen worden, in welcher die bitterste Armut herrschte. Der Mann hatte einen Weinbruch erlitten, die Frau war leidend, keins von Beiden vermochte zu arbeiten, dabei mußten vier kleine Kinder versorgt werden. Der Doktor erkannte sofort, daß hier Geld nötiger sei als Arznei. Er tat, was zu tun war, und ging. Bald nach seiner Entfernung zieht die Frau den Tischkasten heraus, um nach einigen Brotresten zu suchen, da blinkt ihr ein neues Zwanzigmarkstück entgegen, und ein kleiner Zettel liegt dabei, auf dem geschrieben steht: „Für Euch, von einem unbekanntem Freund“. Den edlen Spender kannten die armen Leute nun wohl genau, aber sie durften ihm nicht danken, denn Doktor Ohlff zeigte sich höchst verwundert bei seiner Wiederkehr, er lehnte jeden Dank mit der Erklärung ab, er habe wahrlich die Zwanzigmarkstücke nicht so dick sitzen, sie möchten nur besser nach dem Geber forschen.

Mit Spannung erwartete man weitere Nachrichten. Sie berichteten nur die Resultatlosigkeit aller bisherigen Recherchen. Nirgends hatte man eine Spur des Vermißten gefunden, weder innerhalb noch außerhalb Berlins. Eine mit einer ausführlichen Beschreibung der Persönlichkeit des Doktors versehene Bekanntmachung, vom Polizeipräsidenten erlassen, jagte im Namen und Auftrag der Familie des Arztes eine Belohnung von fünfshundert Mark demjenigen zu, welcher über den Verbleib des Vermißten sichere Auskunft zu geben vermöge. Die Hälfte sollte derjenige erhalten, der die Polizei auch nur auf eine Spur zu leiten oder irgend etwas über das Schicksal des berühmten Arztes auszusagen imstande sei. Am andern Tage wurde die Belohnung verdoppelt, ohne

daß allem Anschein nach jemand in der Lage war, sich die ausgefetzte hohe Summe zu verdienen.

Während die Zeitungen sich in Vermutungen erschöpften und allerhand Fakten über den Fall und alles damit Zusammenhangende zusammentrugen, während das Publikum sich zu den gewagtesten Kombinationen verließ, entfaltete die Behörde eine stille aber fieberhafte Tätigkeit.

Schon im Laufe des Vormittags nach jener verhängnisvollen Nacht stürmten private Wagen in der Stadt umher, um bei allen Bekannten Nachfrage nach dem Vermißten zu halten. Regierungsrat Moritz begab sich persönlich nach dem Polizeibureau, wo er Anzeige erstattete und durch Verheißung einer hohen Belohnung die Subalternen zu den eifrigsten Bemühungen anspornte. Telegraph und Telephon wurden unverzüglich in Bewegung gesetzt, das Signalement des Doktors überallhin gemeldet. Eine sogenannte Unfrage erging an alle Bahnhöfe, Unfallstationen, Krankenhäuser, Hotels und so weiter. Vom Mittag bis in die Nacht waren die Bekannten auf den Füßen. Alles umsonst! Nirgends eine Spur des Verlorenen!

Gegen sieben Uhr abends ließ sich der Regierungsrat bei dem ihm befreundeten Ersten Staatsanwalt von Gömiger melden. Von dem Vorkommnis bereits unterrichtet, entsprach derselbe bereitwillig seinem Wunsch, den Fall zu untersuchen.

„Es hätte Ihres Kommens, Herr Regierungsrat,“ beschied er ihn teilnehmend, „gar nicht bedurft. Wir sind bereits unterrichtet und warteten nur noch auf das Resultat der polizeilichen Ermittlungen, da wir nur dann einzusetzen Ursache und Befugnis haben, wenn ein Verbrechen an einem unglücklichen Schwiegerjohn verübt worden ist.“

„Ich zweifle nicht, daß dies der Fall ist,“ sagte der Rat traurig. „Meiner armen Tochter gegenüber ist mir natürlich, einem derartigen Gedanken Worte zu leihen. Bei reiflicher Betrachtung der Sache ist jedoch keine andre Erklärung möglich.“

((Fortsetzung folgt))

Am 15. Juli. (Zurückführung von Mitgliedern auf-
genommen. Daran hielt Genosse Rebaud ein
Vortrag über die politische Lage. Dann gab der Redakteur
seinen Bericht. Die Redaktionsarbeiten sind gut. Auch ist die
Mittagsbesprechung auf 7½ gestiegen. Ihm wurde einstimmig
die Entlastung erteilt. Unter
"Bericht über die Arbeit der Redaktion" wurde das Verhalten der
Mitglieder bei der Agitation im Orte. Auch wünscht er eine
Agitation für das Wahlrecht der Frauen. Die Entlastung
wurde einstimmig beschlossen. Der Haupt-
gegenstand soll beauftragt werden, eine größere Summe für die
Freiheitskämpfer abzugeben. Darauf Schluß der gut besuchten
Versammlung.

Münch., 18. Juli. (Das Koalitionsrecht im Lichte
der Hagen- u. Lagerhaus-Alt.-Ges.) war das Thema, über
das Arbeitersekretär Holzappel aus Magdeburg am 14. d. M. hier
redete. Redner schilderte die erbitterten Kämpfe, die die Arbeiter-
schaft seit dem Bestehen des Koalitionsrechts für die Erhaltung desselben zu
führen gehabt habe. Dem Unternehmer sei das Koalitionsrecht ein
Dorn im Auge. Auch die Hagen- und Lagerhaus-Alt.-Ges. wolle das
Koalitionsrecht der Arbeiter zerschlagen, damit sie den Arbeitern ihre
Bedingungen diktieren könne, ohne daß diese in der Lage seien, auch ihrer-
seits Bedingungen stellen zu können. Es zeige sich auch bei diesem
Kampfe wieder einmal, wie sich ein nationalliberaler Herr im
Parlament als Freund des Koalitionsrechts aufspiele, der es den Ar-
beitern in der Praxis rauben wolle. Es sei das der Kommerzienrat
Bilgig in Osnabrück, der im anhaltischen Landtage für das Koalitionsrecht
der Arbeiter eine lange Rede gehalten habe; der gegenüber den Arbeitern
aber, die mit ihm verhandelten, gesagt habe, er liege sein Geld
nicht unter die Herrschaft des Hagen- u. Lagerhaus-Alt.-Ges. Ver-
handelt werden. Es handle sich also besonders in diesem Kampfe
um die Erhaltung des Koalitionsrechts. Redner forderte zum Schluß
seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen die Streikenden
auf, besonnen zu handeln, damit den Behörden keine Handhabe zum
Eingreifen geboten werde. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, im
Interesse des Freiheits der Gesellschaft noch einmal eine Verhandlung
anzubieten. Den Zweck und den Nutzen eines Gewerks-
chaftsstatuts beleuchtete Genosse Holzappel beim 2. Punkte
der Tagesordnung. Die Versammlung beschloß einstimmig, der Grün-
dung eines Gewerkschaftsstatuts näher zu treten.

Burg., 19. Juli. (Der Freisinn an der Arbeit.) Der
mit Hilfe der reaktionären Parteien gewählte Freisinnsmann Wert
reist jetzt im Wahlkreis umher, um Bericht über seine parlamentarische
Tätigkeit zu geben. Namentlich sucht er den Einwohnern der größeren
Dörfer klarzumachen, daß ihr alleiniges Heil nur von der Wahl der
Freisinnigen abhängt, selbstverständlich nicht unerwähnt lassend, daß
die Sozialdemokraten die größten Feinde jeglicher Kultur und jeglichen
Fortschritts sind. Bis jetzt beglückte der Abg. Wert die Dörfer
Wiegmann und Schattan — in Kürze auch Lohburg und Mödern — mit
seiner Anwesenheit. Leider ist es nicht möglich, Genaueres darüber zu
erfahren, was der Herr seinen Wählern erzählt. Sicher ist anzunehmen,
daß die bösen Sozis gehörig dabei mitgenommen werden. Weis
er doch sehr genau, daß keiner der Angegriffenen anwesend ist,
um sich verteidigen zu können. Und wenn auch, melden sie sich dann
zum Wort, so hat der Versammlungsleiter schnell seine Maßnahmen
ergriffen und bewilligt, wenn auch widerstrebend, ganze 10 Minuten
"Redefreiheit". Daß es in einer solchen kurzen Spanne Zeit nicht
möglich ist, ein flüchtiges Referat zu widerlegen, muß wohl jedem
vernünftigen Menschen einleuchten, nur nicht Freisinnigen. Sie wissen aber
sehr genau, daß sie sich schlecht dabei abscheiden, wenn ihnen ihre Sünden
vorgehalten werden. Gätten sie ein reines Gewissen, so bräuchten sie nicht zu
derartigen Maßnahmen zu greifen, sondern würden als anständige Menschen
auch dem Gegner unbeschränkte Redefreiheit gewähren. Aber aus ver-
trauen und einmal die Taten derer um Richter nicht, und darum ist
es besser, man macht die Gegner mundtot, damit die ländlichen Wähler
ja nichts erfahren. Gibt man dann einmal, weil es schließlich aus der
Versammlung heraus gewünscht wurde, 10 Minuten Redezit, so weiß
man es dann so einzurichten, daß, nachdem noch der Referent die von
Gegnern gemachten Vorwürfe in der geschicktesten Weise verdrückt und
ausgeschaltet hatte, sofort Schluß der Versammlung eintritt, ohne dem
Angegriffenen noch einmal das Wort zu geben. Das ist freisinnige
Versammlungsart. Jedenfalls wird Herr Wert noch mehr Dis-
kussionen anstellen, um für seine Partei die Stimmen dieser zu
locken. Erkenne ihm doch überall Versammlungslokale zur Verfügung,
während es uns im ganzen Kreis nur möglich ist, höchstens in sechs
Orten öffentliche Versammlungen abzuhalten. Würden wir in der gleichen
Weise im Wahlkreis Versammlungen abhalten können, wie Herr
Wert, dann könnten wir sicher sein, daß wir im nächsten Wahlkampf
unser Kandidaten im ersten Wahlgange durchbringen würden. Ob
die jetzigen Versammlungen die Erringung des Freisinnes jenseits oder
gar dem Liberalismus zum Siege verhelfen werden, muß billigerweise
bezweifelt werden, da die Stimmenzahl der Freisinnigen trotz der un-
gehörigsten Aufregungen abgenommen hat. Waren doch bei der
letzten im vorigen Jahre stattgefundenen Erziehungswahl verschiedene Reichs-
tagsabgeordnete im Kreise tätig, die in ungefähr 150 Versammlungen
den freisinnigen Kandidaten in allen Lokalen präsentierten. Und das
Resultat? Stimmenabgang gegenüber 1903. Die Herren werden
natürlich nie einsehen, daß der Freisinn hier im Kreise abgewirtschaftet
hat. Im Gegenteil hat der Ausfall der Erziehungswahl im vorigen Jahre

ihre Ansicht bekräftigt, daß sie die berufene Partei ist, hier im Kreise
den Sozis. Wozu zu lehren. Oben wir ihnen ihren Glauben. Für
unser Parteigenossen erwacht die Pflicht, vor allen Dingen daran zu
denken, nicht nur zur Wahlzeit ihre Schuldigkeit zu tun, sondern fort-
während, um dadurch gut vorzubereiten. Jetzt, wo so viel Aus-
sage auf das Land hinaus gemacht werden, ist die beste Gelegenheit
gegeben, mit den ländlichen Arbeitern in Verbindung zu treten, um sie
für uns zu gewinnen. Also tut eure Schuldigkeit! Je mehr sich daran
beteiligen, je schneller und leichter geht's vorwärts. —

Burg., 19. Juli. (Seht die Wählerlisten ein.) rufen
wir nochmals allen zu, die es bis jetzt unterlassen haben. Wer es
nicht tut, verflucht sich an seinen Arbeitsgenossen. Zur Erleichterung
der Einsicht der Wählerlisten ist von Vorteil, wenn die Wahlberechtig-
ten einer Fabrik oder Werkstatt einen Vertrauensmann wählen,
welcher die Listen einsieht. Geschehen muß dieses bald, da sie nur bis
zum 30. Juli ausliegen. Auch möchten wir alle, die einen Bürger-
brief erhalten haben, aufordern, ihr Bürgerrechtsgeld sofort zu
entrichten, damit auch sie in die Wählerlisten eingetragen
werden können. —

Halsbrett, 19. Juli. (Die Zimmereraussperrung
vor dem Gewerbegericht.) Am 15. Juli beschloß die das
Gewerbegericht mit der Aussperrung der Zimmerer. Ein Bericht der
"H. B." besagt darüber: "In der Sitzung am 15. Juli wurden vor
dem Vorsitzenden, Stadtrat Leonhardt, fünf Streifachen verhandelt,
die zu den jetzt hier im Zimmergewerbe bestehenden und zurzeit noch
nicht beigelegten Differenzen in Beziehung stehen. — Nach § 4 der
für die Maurer, Zimmerleute und Arbeiter in Halsbrett von Arbeit-
gebern und Arbeitnehmern im vorigen Jahr festgesetzten Lohn- und
Arbeitsbedingungen sollen Maßregelungen wegen Zugehörigkeit und
Tätigkeit zur Organisation nicht stattfinden. Mit der Begründung, daß
von Seiten der Arbeitgeber gegen diese Bestimmung verstoßen sei, haben
die bei den Zimmermeistern Dilba, Kadner, Kleinig, Krug und
Kleinste beschäftigten Poliere die Arbeit niedergelegt. Es ist deshalb
gegen diese Poliere, die nach Paragraph 10 der erwähnten Arbeits-
bedingungen 14tägliche Kündigung haben, wegen Kontraktbruchs
Klage auf Schadenersatz erhoben. Die Beklagten halten ihr Vorgehen
für gerechtfertigt, sie erachten sich an die Arbeitsbedingungen nicht
mehr gebunden, weil diese den Zimmergehilfen gegenüber gebrochen
seien, und erklären auch für den Fall einer Verurteilung die Arbeit
nicht wieder aufnehmen zu können, solange nicht von den Arbeit-
gebern die Erklärung abgegeben sei, daß familiäre Zimmergehilfen
wieder eingestellt würden. Mit der Erklärung, daß die Zimmerleute
wieder eingestellt werden sollen, soweit Arbeit vorhanden ist, geben sie
sich nicht zurück. Trotz der eindringlichen Mahnung des Vor-
sitzenden, sich in Güte zu einigen, und ungeachtet des Hinweises darauf,
daß die Beklagten an die 14tägliche Kündigungsfrist gebunden sind und
zur Einstellung der Arbeit nicht berechtigt waren, beharrten die Poliere
auf ihrem ablehnenden Standpunkt und beantragten Anberaumung
eines neuen Termins und weitere Verhandlung unter Zuziehung der
Beisitzer. Diesem Antrag war gemäß § 54 Absatz 4 des Gewerbe-
gerichtsgesetzes stattgegeben. —

Schönebeck, 18. Juli. (Ein Feind der gewerklich-
lichen Organisation.) Scheint der Zimmerer Wilhelm Curtz zu
sein. Des öftern haben seine Kollegen versucht, ihn der gewerklich-
lichen Organisation zuzuführen, aber immer vergebens. Im Gegenteil,
er brüht sich damit, mit seinem Verdienst zufrieden zu sein; er bedankt
aber dabei nicht, daß die jetzigen Löhne durch die Kämpfe und den
Zusammenschluß der Kollegen zur Organisation errungen worden sind.
Nützlich schwärzte er den Maurerpolier Lichtenberg bei dessen Unter-
nehmer darüber an, daß er zu diesem jagte: "Lichtenberg machen Sie
zum Maurerpolier? Der gehört ja dem Verbands an!" Hoffentlich
stellt der Zimmermann Wilhelm Curtz sein unkollegiales Benehmen
bald ein, damit nicht die organisierten Arbeiter von Schönebeck und
Umgebung Gelegenheit zu nehmen brauchen, sich mit ihm etwas mehr
zu beschäftigen. —

Stettin, 18. Juli. (Stadtverordnetenversammlung.)
Die wiedererwählten Stadträte Peters und Caspar sowie die neu-
gewählten Stadträte Gräber und Rudolf Großpfeiffer werden durch den
zweiten Bürgermeister Dr. Tramp verdrängt, bzw. durch Handschlag ver-
drängt. (Die Herren Gräber und Großpfeiffer waren von der zweiten
Abteilung zu Stadtverordneten erwählt worden. Die Ersatzwahl für
diese Herren ist also nicht von der Arbeiterchaft vorzunehmen.) — Von
der Serie II der Stadtobligationen werden 21 500 Mark zur Rück-
zahlung ausgelöst. Es verbleiben von dieser Serie nun noch 21 500
Mark. — Die Gasanstalt (Schüringische Gasgesellschaft) beabsichtigt eine
Reisentour nach Fürstentum zu legen, und zwar am Eisenbahnbaum
entlang. Um an diesen zu gelangen, muß sie die Zollstraße benutzen,
und sie hat den Magistrat um Erlaubnis dazu ersucht. Der Magistrat
will diese Erlaubnis unter folgenden Bedingungen, die die Thüringer
Gasgesellschaft akzeptiert hat, gewähren: Verwendung von Mannes-
mannrohren mit Gasriechrohren, Wiederbesetzung des Trottoirs,
Reinigungsgebühr von jährlich 50 Mark (neben dem jetzigen Bauhale
von 2500 Mark). Dr. Tramp bittet unter Darlegung dieser Verhältnisse
und dem Hinzufügen, daß nach dem Betrage von 1902 die gesamte
Rohleitung in der Stadt dieser im Jahre 1930 zu falle, um die Zu-
stimmung der Stadtverordneten, die auch debattelos erteilt wird. —

Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Mitteilung des Magistrats,
daß nach einer bei der Stadtverwaltung gegebenen Anregung eine Kon-
trolle über Nahrungs mittel eingeführt wird. Herr Doktor
Trump erklärt, daß die Einrichtung im wesentlichen dem bewährten
Muster von Halsbrett nachgebildet sei, und daß von Gutfleisch,
Wurst, Butter jährlich je 20 Proben, von Milch 50 Proben genommen
werden sollen, die Herr Apotheker Schöning unterzucht und darüber
450 Mark beziehen werde. In diesem Betrag sei auch die Entschädigung
für diejenigen Untersuchungen einbezogen, die aus Anlaß von
Beschwerdefällen vorzunehmen seien. Die Einrichtung erfolge nament-
lich mit Rücksicht auf die Arbeiterbevölkerung, die nicht immer in der
Lage sei, minderwertige Ware zurückzugeben. Die angegebene Anzahl
von Proben genüge, da schon die Befragung einer Prozentnahme
die Geschäftskunde genügend zur Vorsicht anhalten werde. Stadtv.
Ulrich hätte mehr Milchproben und auch gewünscht, daß die Unter-
suchung der Milch auf der Straße durch die Polizeibeamten ver-
mittels Laktometer vorgenommen würde. Er wird dahingehend
belehrt, daß diese Laktometer vollständig unzuverlässige Instrumente
sind. — Die Anwohner der Förderstedterstraße
petitionieren um Pflasterung des Fußweges. Dr. Trump er-
klärt, daß dem Magistrat eine gleiche Petition zugegangen sei, der sich
aber ablehnend verhalte und der Stadtverordneten-Versammlung eine
gleiche Stellungnahme empfehle. Die Förderstedterstraße liege außer-
halb des städtischen Bebauungsplanes, die Anlieger hätten überhan-
delt das Trottoir auf eigene Kosten herzustellen, andre nicht gepflasterte Fuß-
wege verdienen noch mehr Berücksichtigung und die Finanzen der Stadt
sind nicht glänzend. Wenn die Anlieger, besonders die Firma Gebr.
Kleinmann, einen entsprechenden Beitrag zahlen wollten, würde sich über
die Sache reden lassen. Darauf schließt sich die Versammlung dem
Beschlusse des Magistrats an. —

Stettin, 18. Juli. (Entlaufene Sklavin.) Schon
wieder erläßt der Amtsvorsteher von Büren eine Bekanntmachung,
daß eine galizische Sachjünglerin unter Kontraktbruch sich heimlich
entfernt hat. Er ersucht um Ermittlung und Mitteilung ihres Aufen-
haltsorts. —
— (Zur Stadtverordnetenwahl.) Die Liste der stimm-
fähigen Bürger liegt vom 15. bis 30. Juli von 9—12 und von 3—5
Uhr im Magistratsbureau zur Einsicht aus. —

— (Konkurs.) Der Schlossermeister Wilhelm Eckardt, in
Pirma B. Eckardt u. Sohn, ist in Konkurs geraten. Vor 3 Monaten
hat seinen Bruder daselbst Schicksal betroffen. —

Stendal, 19. Juli. (Der große Automatenprozess.)
Der bereits am 4. Mai stattgefunden sollte, hat nun am Montag vor dem
hiesigen Landgericht seinen Anfang genommen. Angeklagt sind der
Kaufmann August Hornmann senior - R o s t o c k, der Kaufmann Friedrich
Andres - R o s t o c k, der Kaufmann Hans Wählschaffe - R o s t o c k,
der Reisende Karl Strichow - Berlin und der Kaufmann Paul
Thomas - R o s t o c k. Ein weiterer Angeklagter, der Grundstücksmakler
Kriger - R o s t o c k, ist mittlerweile verstorben. Die Angeklagten werden
beschuldigt, in raffinierter Weise Automaten sich winden zu
vorgenommen zu haben. Sie haben ländlichen Wirten Musikautomaten
aufgeschwindelt und die Leute durch unwahre Angaben zur Unter-
zeichnung von Schriftstücken veranlaßt, die nach ihrer Angabe weiter
nicht enthalten sollten, als die Ermächtigung zur Ausstellung des
Automaten, während sie in Wirklichkeit Kaufverträge und Wechsel über
die Kaufsumme waren. Es sind nicht weniger als 150 Gastwirte
als Zeugen geladen. Am 1. Verhandlungstage wurde die Benennung
der Angeklagten beendet, die alleamt erklärten, kaufmännisch korrekt
gehandelt zu haben. Hornmann senior war die Seele des Ganzen. Der
Reisende Strichow, der mit dem Sohn des Hornmann senior auf Reisen
war, konnte nicht einmal schreiben. Der Sachverständige, Direktor
Wacker von der Leipziger Automatenfabrik "Kalliope", hält das Treiben
der Angeklagten für einwandfrei. Die Zeugen aber, deren Benennung
noch am ersten Verhandlungstage begann und voraussichtlich am zweiten
beendet sein wird, erklären ohne Ausnahme, daß sie sich durch das
Verhalten der Angeklagten geschädigt fühlen. —

Berlin, 19. Juli. (Ein neuer Frauenberuf.) Die
Frauen dringen in immer mehr Berufe ein, die bisher einzig und
allein den Männern vorbehalten waren. Was ihnen nachher
Gefallen kann, ist die ersichtliche Meldung gemacht worden, daß das
Amt des Kirchendieners, das bereits seit 200 Jahren in den Händen
der Familie Lebrig liegt, kürzlich der Ehefrau des letzten männlichen
Mitglieds, das vor einiger Zeit das Zeitliche gesegnet hat, übertragen
worden ist. Das dürfte das erste Mal sein, wie das "B. T." schreibt,
daß einer Frau ein solches kirchliches Gemeindeamt übertragen wurde.
Hoffentlich wird sie sich ihren männlichen Berufskollegen ebenbürtig
zeigen! —

Gerichts-Zeitung.
Landgericht Magdeburg. (Strafkammer.)
Sitzung vom 18. Juli 1905.
Körperverletzung. Der schon öfter vorbestrafte Kutscher
Emil Kaminsky hier, geboren 1871, geriet am 6. September 1904
abends in einem Lokal beim Stalpiet mit dem Schuhmacher Schmidt

Die Entwicklung der Produktionsweisen.

Von Georg Wizerowski.
V.

Handwerkswärsige Produktionsweise.

Daß jeder Bauerhof und jeder Edelhof alle seine Gebrauchs-
artikel selbst herstellte und nur verbrauchen konnte, was er selbst
hergestellt hatte, galt nur bis zu einer gewissen Zeit. Bald ent-
wickelte sich das Handwerk. Einestheils geschah es von innen heraus,
indem Leute, die zu einer besonderen Art von Beschäftigung be-
sonders Geschick besaßen, sich vorwiegend damit beschäftigten und
größere Fertigkeit darin erlangten. Andererseits geschah es durch
die römische und die byzantinische Kultur auch bei den Deutschen Hand-
werkbetriebe. Die Handwerker vermochten zu leisten, was die
Bauern im allgemeinen nicht oder nicht so gut konnten, und da
der Wohlstand schon etwas gehiegen und Nachfrage nach den Er-
zeugnissen des Handwerkes vorhanden war, so ließen sich die Hand-
werkmeister ihrer Kunst anständig bezahlen, wenn auch bereit nicht
in barem Gelde, von dem nur sehr wenig in Umlauf war.
Das erste Bedürfnis nach Handwerken stellte sich ein auf
den Edelhöfen, mehr noch auf den reichen Kirchhöfen, bei den
Bischöfen und ähnlichen Würdenträgern. Ausgeübt wurde das
Handwerk von zinspflichtigen oder unfreien Bauern, die natürlich,
um dem Handwerksbetriebe nachgehen zu können, von der Landarbeit
befreit wurden. Wegen einer gewissen Abgabe an den Herrn erhielten
sie das Recht, auch für andre arbeiten zu dürfen. So erwarteten
sie nicht nur Vergütung, sondern es entwickelte sich bei ihnen, befreit
von der Fronarbeit und über die Bauern hervorragend, ein starkes
Selbstbewußtsein und Unabhängigkeitsgefühl.
Über an den Bischöfen, dann aber auch an andern ge-
richtigen Plätzen, namentlich Hofkapellane, entwickelte sich auch
der Handelverkehr in erster Linie durch fremde Kaufleute, die zu
bestimmten Tagen mit ihren Waren eintrafen. Der steigende
Schiffahrtsgang des Bedürfnisses, Kaufleute mit lebendem Waren-
lager am Ort zu haben und diesem Bedürfnis wurde entsprochen.
Vorher den Kaufleuten fehlten sich die Handwerker an. Es
entstand ein mit Schiffen angefüllter Ort, der zum Schutze dieser
Schiffe befestigt wurde. Die Stadt war geschaffen. Hervorgegangen
aus einem Bauerndorfe. Wie ihr Leben weiterentwickelte, die
Beschäftigung mit Handel und gemeinamem Wald und gemein-
samer Weide. Der durch Handel und Handwerk erworbene Reicht-
tum und die Befähigungen der Stadt machten die Stadtbürger
Mächtig und teilte mit Gewalt, wie mit Geld erworben sie von ihren
Vorfahren die Freiheit. Später gegründeten Städten mußte
von vornherein Freiheit gewährt werden, um handwerks- und

handelskundige Bewohner für sie zu gewinnen und so kam es
bald, daß jeder Stadtbewohner frei war und die Städte nur Ab-
gaben an den Grundherrn zahlten.
Die von Handel und Handwerk dargebotenen Erzeugnisse,
Spezereien, kostbare Gewebe, Gold- und Silbergeräte, Schmuck-
sachen, Möbel, Waffen usw. reizten die Begehrlichkeit der Grund-
herren zu immer stärkerer Ausbeutung ihrer Bauern. Immer
höhere Forderungen wurden ihnen auferlegt, immer mehr Frondienste
(Robotage) ihnen aufgedrungen, vom Gemeindegut ihnen
immer mehr genommen und selbst ihre Ackerflächen wurden als
Gemeinschaftsland beansprucht. Die Edelknechte wurden durch die ver-
änderten Verhältnisse selbst immer mehr gezwungen, ihr Einkommen
aus der Bodenerwirtschaftung zu ziehen. Daher ihr Streben,
ihren Grundbesitz zu vergrößern und die Bauern immer mehr zur
Zwangsarbeit heranzuziehen, da freie Lohnarbeiter nur in ganz
geringem Maße zu haben waren. Die Bauern aber suchten sich
vielfach der steigenden Bedrückung durch die Flucht in die Städte
zu entziehen, ihr ländliches Viehgenoss im Stich lassend. Diese
Landflucht war gerade die Veranlassung, die Bauern samt ihrer
Familie an die Städte zu ziehen, sie hörig und leibeigen zu machen.
Die in die Städte geflüchteten Bauern wurden zwar frei,
aber sie waren heillos und mühsam, um ihren Unterhalt zu ge-
winnen, ihre Arbeitskraft verkaufen. Käufer dafür fanden sie in
den städtischen Handwerkern und Kaufleuten. Sie wurden Arbeiter
und Gesellen, ihre Kinder Lehrlinge bei den Handwerkern, und
so entwickelten sich nach und nach ein an Zahl immer zunehmendes
städtisches Proletariat, das seinen Unterhalt in der Lohnarbeit
sah. Die bei Beschäftigung des Sklaven, so war auch die Be-
schäftigung des freien Lohnarbeiters für den Arbeitgeber nur dann
zweckmäßig, wenn sie ihm Profit abwarf. Nur unter der Voraus-
setzung, daß der Lohnarbeiter mehr Arbeit verrichtete, mehr Werte
schuf, als er an Lohn erhielt, war und ist die Lohnarbeit denkbar.
Aber umgekehrt: nur dann, wenn der Lohnarbeiter nicht den vollen
Ertrag seiner Arbeit beanspruchte, sondern einen Teil davon dem
Arbeitgeber überließ, konnte die Lohnarbeit Eingang finden. Auch
sie ist ein Ausbeutungsverhältnis. Dem Arbeitgeber als dem
Besitzer der Produktionsmittel fällt auch das fertige Produkt als
Eigentum zu, dem Arbeiter gibt er nur einen Teil davon als Lohn,
der häufig — in jenen Zeiten vorwiegend — in Naturalien bestand,
Nahrung, Bekleidung usw.
Wenigstens die Stadtbewohner auch etwas Ackerbau trieben,
so trieb er doch zu ihrer Ernährung bei weitem nicht aus. Sie
waren es, die zuerst dem Landwirt, wozu er nun Bauer oder
Grundherr sein, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse abkauften und
den Landwirten irgendeine Veranlassung gaben, von dem bloßen
Betrieb zum eigenen Bedarf abzugehen und auch zum Verkauf zu
produzieren, also Waren zu erzeugen. Andererseits aber wurden

die Landwirte mehr und mehr Käufer der in den Städten von den
Kaufleuten feilgebotenen Waren und der von den Handwerkern er-
zeugten Gegenstände. Handel und Verkehr wurden lebhafter und
das allgemeine Austauschmittel Geld wurde zum dringenden Be-
dürfnis. Der Betrieb der damals in Deutschland reichlich vor-
handenen Silberbergwerke lieferte das Material dazu, und bald
war Geld unter Verdrängung des Tauschverkehrs fast das alleinige
Kauf- und Zahlungsmittel. Das hatte für die Bauern eine üble
Folge. Nunmehr mußten sie ihre Abgaben in Geld zahlen und
waren jenseits genötigt, einen großen Teil ihrer Erzeugnisse unter
erschwerlichem Zeitaufwand nach dem Markt der Stadt zu bringen,
wo sie wiederum Marktgeld zahlen und zu dem vom städtischen
Magistrat niedrig genug festgesetzten Preise verkaufen mußten.
Ursprünglich arbeiteten die Handwerker nur auf Bestellung,
jogar das Material wurde ihnen geliefert. Als sie aber erst Ver-
mögen angeammelt hatten, beschafften sie auch das Material.
Auserdem trennte sich das Handwerk in immer mehr einzelne,
voneinander abweichende Zweige, es spezialisierte sich. Wie das
Handwerk selbst herausgewachsen ist aus einer Teilung und Spezialisie-
rung der Arbeit, so mußte diese Teilung und Spezialisierung
fortschreiten in dem Maße, als die fortschreitende Kultur und
Technik erhöhte Anforderungen stellte und die verlangten Gebrauchs-
gegenstände immer verschiedenartiger, vielseitiger und kunstvoller
wurden. So entstanden immer neue Handwerke.
Wie aber auch die Zahl der Handwerke und die Nachfrage
nach Handwerksprodukten stieg, noch höher stieg in den Städten
die Zahl der heillosen Proletarier, die im Handwerk, zuerst als
Lohnarbeiter (Gesellen), dann als selbständige Meister ihr Unter-
kommen suchten. Die Organisationen der Handwerksmeister, die
Zünfte, suchten daher das Meisterwerden zu erschweren, um die
Konkurrenz nicht zu stark anschwellen zu lassen. Sie erließen
allerlei Vorschriften bezüglich des Meisterwerdens, führten das kost-
spielige Meisterstück und Meistergeld, für die Gesellen das Gesellen-
stück, die Kostprüfung, die lange Wanderzeit und für die Lehrlinge
eine lange Lehrzeit ein. Sie erschwerten die Aufnahme in das
Handwerk schon den Lehrlingen durch allerlei rigorose Vorschriften
und gingen teilweise so weit, die Innungen zu schließen, d. h.
für den bestimmten Ort nur eine bestimmte Anzahl von Meistern
oder nur Söhne und Schwiegerjöhne von Meistern zur Meister-
prüfung zuzulassen.
Indem so das Meisterwerden erschwerte, die Konkurrenz ein-
gekränkt wurde, wurde gleichzeitig ein Heer von heillosen und
arbeitswilligen Proletariern geschäftigt, die als Ausbeutungsobjekte
zur Verfügung standen und auch nach Kräften ausgebeutet wurden.
Die zünftig organisierten Handwerkszünfte allerdings pflegten
der übermäßigen Ausbeutung kräftigen Widerstand entgegenzusetzen.

In Wortwechsel. Als Schmidt später auf der Straße zur Verhöhnung die Hand bot, schlug ihn Kaminsky mit der Faust in die Seite. Schmidt lief weg, wurde aber verfolgt, niedergeworfen und geschlagen. Das Schöffengericht verurteilte Kaminsky am 17. Januar d. J. wegen Körperverletzung zu 3 Wochen Gefängnis. Die eingelegte Berufung wurde verworfen.

Diebstahl. Der Zimmermann und Schlosser Hermann Heinrich zu Köppl wurde vom Schöffengericht in Gommern am 15. Juni d. J. wegen Diebstahls zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt. Die eingelegte Berufung wurde zurückgenommen.

Diebstahl. Der Ochsenjunge Karl Leiding zu Klein-Santersleben, geboren 1889, Mieg am 29. Mai d. J. vom Hofe aus durch ein Fenster in die Stube des Krümmers Scheidt und stahl ihm aus dem Schrank 2 Mark. Den gefändigen Angeklagten traf ein 2 Tage Gefängnis.

Ein Räufkämpfer. Der Arbeiter Heinrich Knoch hier, geboren 1867, stahl am 15. Juni d. J. aus dem Laden des Schuhmachersmeister Kilmner ein Paar Stiefel und verkaufte sie dann. Da wiederholter Rückfall vorliegt, lautete das Urteil auf 1 Jahr Gefängnis.

Vermischte Nachrichten.

*** Anzeichen für das Nahen einer wärmeren Epoche.** Wie im "Globe" berichtet wird, will Wilhelm Schuster deutliche ornithologische Anzeichen dafür aufzählen, daß wir einer wärmeren Epoche, also einer neuen Zeitlägzeit, entgegengehen. Erstens sei es das immer mehr — und zwar hinsichtlich der Arten- wie Individuenzahl — um sich greifende, zur Gewohnheit werdende Ueberwintern derjenigen Vögel, die eigentlich Zugvögel sind; sehr bezeichnend sei hierbei zugleich die Tatsache, daß die Winterquartiere eben dieser zu Standvögeln werdenden Säuger und Lasträuber mit den Jahren immer weiter in höhere Breiten vorgeschoben werden. Dann kämen nordische Vögel, wie beispielsweise die Seidenschwänze, jetzt lange nicht mehr so zahlreich zu uns wie in früheren Jahrzehnten. Sommerquartiere wie Brutgebiete südlicher Vögel fänden sich jetzt in Deutschland, von denen früher nichts zu sehen war. Dabei rücken die südlichen und selbst die heimischen Vögel nicht allein in horizontaler Linie gegen Norden vor, sondern auch in vertikaler gegen die Berggipfel. Beispielsweise kannte Naumann den Wirtlich noch nicht aus der Beobachtung in der freien Natur. Heute kommt er überall in Mitteldeutschland vor, vereinzelt bis nach Holland und Island hin. Vom Steppenhuhn und seinen Wandrungen in den letzten Jahrzehnten wissen wir noch alle. Die ornithologischen Beobachtungen befänden sich in Uebereinstimmung mit der neuen Keibisch-Simroth'schen Theorie der Erdpendulation.

*** Die Presse der Erde.** Es erscheinen gegenwärtig nach einer Aufstellung der "Lit. Praxis" ungefähr 75 000 Zeitungen und Zeitschriften auf der Erde. Am meisten in Europa gibt es im Verhältnis in der Schweiz, wo auf 3400 Bewohner eine Zeitung kommt. Danach folgt Norwegen. Die größte Anzahl von Zeitungen auf der Welt besitzen die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo täglich 2000 Zeitungen erscheinen, welche im Durchschnitt 12 enggedruckte Folienseiten umfassen. 9000 Blätter erscheinen in deutscher Sprache, von denen 6000 teils illustrierte, teils nichtillustrierte in Deutschland erscheinen. In Deutschland selbst erscheinen 8049 Zeitungen und Zeitschriften in deutscher Sprache, in Oesterreich 371, in der Schweiz 306, in Böhmen 84, in den Vereinigten Staaten 42, in Ungarn 33, in Luxemburg 29, in Steiermark und Tirol je 18, in Mähren 15, in Kärnten 3, in Frankreich 3, in Holland, Italien, Rumänien und der Bukowina je 2, in Norwegen, Belgien, der Türkei, Bosnien, Böhmen, Kantschun, Deutsch-Südwestafrika, Ostasien, China, Japan und Uruguay je eine deutsche Zeitung. Das an Zeitungen ärmste Land ist Rußland, danach kommen Britisch-Indien und Aegypten, dann Japan, Rumänien, Oesterreich-Ungarn und Spanien. Die älteste Zeitung der Welt ist die "Pefinger Zeitung"; dieselbe wird

schon im Anfang des achten Jahrhunderts von Cluiffischen Werken erwähnt. Die nördlichste Zeitung der Welt ist die Wochenschrift "Nordkap", welche in Hammerfest erscheint.

*** Ein ganzes Polizeibataillon gegen eine Frau.** Ein Krieg im Frieden wurde unlängst in dem Städtchen Baynesville im Staate Kansas in den Vereinigten Staaten geführt. In der genannten Ortschaft lebt die 70-jährige Witwe Roseberry, die den Bewohnern, der Polizei und den Gerichten, denen sie schon sehr viel zu schaffen gemacht hat, als eine kriegerische Alte bekannt ist. Eines schönen Tages bestritt sie dem Landdriestäger das Recht, für seine Amtswege den vor ihrem Hause vorüberführenden Pfad zu benutzen. Als der Beamte diese Proteste unbeachtet ließ, ergriff Frau Roseberry einfach ein Gewehr und gab auf den Briefträger mehrere Schüsse ab, doch ohne zu treffen. Auf die Anzeige des Bedrohten erhielt der Polizist des Ortes die Aufgabe, die Alte zu verhaften. Er wurde mit Flintenkugeln empfangen und mußte schlenkigst den Rückzug antreten. Nunmehr wurde der Sheriff aus der benachbarten größeren Stadt Wichita aufgegeben, der bei der "Gefährlichkeit" der Sachlage sofort mit einem ganzen Polizeibataillon anrückte. Die Polizisten umstellten das Haus der Alten, die zwar zuerst ein paar Schüsse abgab, sich dann aber ergab, weil sie das Fruchlose eines weiteren Widerstandes einsah. Unter starker Bewachung wurde die Gefangene nach dem Gefängnis in Wichita übergeführt.

*** Anzu wörtliche Auffassung.** Eines Vormittags hatte der berühmte Devrient im Schauspielhause zu Berlin in den Proben zu tun. "Lieber Franz," sprach er zu dem Theaterdiener, "gehen Sie doch einmal hinüber zu meiner Frau und lassen Sie sich ein belegtes Butterbrot und ein Glas Wein geben, ich bleibe so lange hier." "Sehr wohl, Herr Direktor!" spricht der Bote und geht. In der Wohnung Devrient's angekommen, richtet der Theaterdiener die Bestellung aus, und nicht lange dauert es, so bringt ihm das Dienstmädchen das Gewünschte auf einem Teller. Der Bote läßt es sich gut schmecken und mit einem "Schönen Dank" geht er wieder zum Schauspielhause zurück. "Nun, lieber Franz, wo haben Sie mein Butterbrot und den Wein?" fragte ihn Devrient. "Aufgelesen, wie der Herr Direktor befohlen!" erhält jener zur Antwort. Devrient begriff. Lachend sagte er: "Na, wenn es Ihnen nur geschmeckt hat! Jetzt gehen Sie noch einmal hinüber und lassen Sie sich noch ein Butterbrot geben, diesmal aber für mich!"

Literarisches.

Der Kunstwart. Rundschau über Dichtung, Theater, Musik und bildende Künste. Herausgeber Ferdinand Avenarius. Verlag von Georg D. W. Callwey in München. (Wierteljährlich 50 Mk., das einzelne Heft 70 Pf.) Inhalt des zweiten Juli-Heftes: "Christliche Literatur". Von Wilhelm Walter Krug. — Zur poetischen Anschaulichkeit. Von Leopold Weber. — Paris und Helena von Gind. Von Max Arndt. — Kunstindustrie und Kunsthandwerk. Von Karl Groß. — Sprechsaal: Der Leipziger Künsterverein und seine Stiftung. — Leseblätter: Frauenrecht. — Rundschau: Hermann Lingg; Berliner Theater; Wie's gemacht wird; Dilettantenbühnen und Liebhabertheater; Bergeländer Musikanten; Deutsche Gedichte; Badeliteratur; Jahrbuch der Musikbibliothek Peters 1904; Wie kritisiert wird; Münchner Kunstausstellungen I; Otto Greiner; Die Kunst und der Großhändler; Standbild oder freies Denkmal?; Großstadterweiterungen; Nachrichten: Bilderbelegungen: W. L. Lehmann. Der Verminapap; Otto Greiner, Bildnis eines Zeichenlehrers; Die Tänzer; Dhyffens und die Sirenen; Studie. — Notenbelegungen: Ch. W. Gind, Arie des Paris aus "Paris und Helena"; Julius Weismann, Der Rindbocker; Martin Frey, Schlummerlieder; Otto Barolan, Klavierstud.

Vereine und Versammlungen.

Wöttcher.

Eine Versammlung des Wöttcher- und Wöttcherer-Hilfsarbeiter-Verbandes (Filiale Magdeburg) tagte am 15. Juli bei E. Prautsch,

Flößschberg 9. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß den ausgesperrten Signalarbeitern 20 Mark abgezogen worden sind. Nach Erledigung der Abrechnung beschloß sich die Versammlung ausschließlich mit unserer Lohnbewegung. An den Vorsitzenden der Lohnkommission ist ein Brief abgegangen, aus dem hervorgeht, daß sich ein Arbeitgeberverband konstituiert hat und daß derselbe geneigt ist, mit uns in Unterhandlungen einzutreten. Nachdem noch Verhandlungsmaßregeln ausgegeben und die Kollegen aufgeföhrt worden waren, immer so zahlreich zu erscheinen wie in den letzten Versammlungen, erfolgte Schluß der fast besuchten Versammlung.

Maschinen und Feiger.

Am 16. Juli tagte bei Hesse, Stephansbrücke, eine Mitglieder-Versammlung, in der zunächst die Beschäftigung verschiedener Werte besprochen wurde. Beschlossen wurde, die arbeitslosen und invaliden Kollegen W. und D. von der Beitragszahlung zu entbinden. Von einigen Kollegen wurde die geringe Beteiligung an dem letzten Ausflug gerügt. Zum Schluß erlucht der Vorsitzende um rege Beteiligung an dem Vergnügen der Kollegen in Schönebeck, das am 29. Juli stattfindet.

Vereins-Kalender.

Verband sächsischer Arbeiter, Filiale Magdeburg. Mitglieder-Versammlung am Sonnabend den 22. d. M., abends 8 Uhr, bei Albert Vater, Knochenhauerstr. 27/28. — 634

Gr.-Otterleben. Gewerkschaftsvorstände und Vertreter-Versammlung Freitag abends 8 1/2 Uhr bei Strunpff Sigung. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht. — 41

Briefkasten.

L. Oebisfelde. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, Sie einen Krankenkafe anzumelden. Daß Sie Invalide sind, müßte daran nicht. Es kommt darauf an, daß Sie gegen Entschädigung beschäftigt werden. Da diese nun in Geld oder Naturalien besteht, ist gleich. Weigert sich der Arbeitgeber, dann wenden Sie sich zunächst an die Krankenkasse und, im Falle das erfolglos ist, mit einer Beschwerde an den Verband.

B. W., Magdeburg. Wenn Sie zum Verhandlungstermin nicht selbst erscheinen oder sich nicht durch eine mit Ihrer Vollmacht versehene Person vertreten lassen, ergeht im Termin gegen Sie Bescheid. Auf Ihre Mitteilung hin, daß Sie im Rheinland eine Stelle antreten, wird der Termin nicht verlagert. Zur Erwirkung des Urteils gegen Sie genügt es, daß Sie der Kläger vor das Amtsgericht Neustadt geladen hat, sofern Sie zur Zeit der Zustellung der Klage in Magdeburg ihren Wohnsitz hatten und sonst keine Einwendungen gegen die Zuständigkeit dieses Gerichts haben. Am besten ist es, wenn Sie wegen Ihrer Vertretung einen Rechtsanwalt zu Rate ziehen.

Streitende, Burg. Ein junger Mann darf vor Vollendung des 21. Lebensjahres nicht heiraten, es sei denn, daß er schon eher für volljährig erklärt ist. Er bedarf dann aber immer noch der elterlichen Genehmigung. Wird diese verweigert, kann auf Antrag das Vormundschaftsgericht die Genehmigung aussprechen.

Marktberichte.

Magdeburg, 18. Juli. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen beziehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer, gut 170—173, mittel 162—167, do. Kolben, Sommer, gut 175—182, do. Rauf, gut 165—168, do. ausländischer gut 180—185. Roggen inländischer gut 152—156, mittel 143—148. Gerste, ausländ. Futtergerste 129—132. Hafer inländischer, gut 154—159, mittel 143—148, ausländischer gut 143—153. Mais, runder gut 131—134, amerik. bunter gut 128—131. Erbsen, hiesige Viktoria, gut 163—170, mittel 150—160, do. grüne Folger gut 168—173, mittel 160—165.

Viehmarkt.

Magdeburg, 18. Juli. (Städtischer Schlacht- und Fleischerhof.) Auftrieb 178 Rinder, 188 Kälber, 203 Schafvieh etc., 509 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige — Markt, b) junge fleischige und ältere ausgemästete 36—37 Mk., c) mäßig genährte junge und ältere 32—35 Mk., d) gering genährte jeden Alters 29—31 Mk. Bullen: a) vollfleischige, ausgemästete bis zu 5 Jahren 33—40, b) vollfleischige jüngere 35—37, c) mäßig genährte jüngere und ältere 31—34 Mk., d) gering genährte jüngere und ältere 27—30 Mk. Färjen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färjen höchsten Schlachtwertes — Mk., b) vollfleischige Kühe bis zu 7 Jahren 31—33 Mk., c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färjen 28—30 Mk., d) mäßig genährte Kühe und Färjen 24—27 Mk., e) gering genährte Kühe und Färjen 19—23 Mk. Kälber: a) fetteste Mast- 44—49 Mk., b) mittlere 37—43 Mk., c) geringe Mastkälber 30—35 Mk., d) ältere, gering genährte (Fresser) 28—34 Mk. Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 37—39 Mk., b) ältere Mastlamm 34—36 Mk., c) mäßig genährte 30—33 Mk. Schweine: (mit 20 Prozent Tara): a) vollfleischige 69 Mk., b) fleischige 66—68 Mk., c) gering entwickelte 64—65 Mk., d) Sauen 56—62 Mk. Ueberstand: 10 Rinder, — Kälber, — Schafvieh, — Schweine.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null	
Hoch, Eger und Moldau.	
Ort	Stand
Jungbunzlau	16. Juli + 0.08
Laut	— 0.22
Andweiss	— 0.10
Prag	+ 0.05
Mittler und Saale.	
Ort	Stand
Straußfurt	17. Juli + 1.15
Weißfels Unt.	+ 0.02
Trotha	+ 1.44
Alteleben	—
Hernburg	+ 0.70
Salze Oberpegel	+ 1.44
Salze Unterpegel	+ 0.22
Elbe.	
Ort	Stand
Barndis	16. Juli — 0.19
Brandeis	— 0.17
Melmit	— 0.80
Leinwerth	— 0.61
Muffig	— 0.41
Dresden	— 1.83
Lurgau	— 0.08
Wittenberg	+ 0.76
Hoylau	+ 0.27
Yabu	+ 0.54
Schönebeck	+ 0.23
Magdeburg	+ 0.86
Lanzgammelle	+ 1.00
Wittenberge	+ 0.69
Brada-Damitz	+ 0.13
Lauenburg	+ 0.18
17. Juli	— 0.20
	— 0.19
	— 0.78
	— 0.61
	— 0.34
	— 1.78
	— 0.04
	+ 0.72
	+ 0.24
	+ 0.56
	+ 0.50
	+ 0.76
	+ 0.98
	+ 0.70
	+ 0.18

Aus dem Geschäftsverkehr.

Unter dieser Rubrik toter die Seite 30-31. **Blendend weisse Wäsche.** Expansit an Zeit und Kraft. Schöpfung der Expansit. Sind die Hauptbestandteile des berühmten Dr. Thompson's Seifenpulvers. Macht die Wäsche Millionen von Hausfrauen gebrauchbar und spart an Zeit und Kraft.

Siegfried Cohn

Weberei-Waren

58 Breiteweg 58

Billige Extra-Preise

Grösste Auswahl — Neuste Muster

Kleiderstoffe Keine Wolle 75 Pf. an
Meter von

Blusenstoffe Keine Wolle 80 Pf. an
schönste Dessins Meter von

Musseline schöne, waschechte Muster 35 Pf. an
Meter von

Waschstoffe für jeden Zweck 18 Pf. an
passend Meter von

Burg. Den geehrten Lesern von Burg und Umgegend zur gefälligen Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage Oberstraße 34 ein **Zigarren- und Tabak-Geschäft** eröffnet habe und bitte bei Bedarf um gefällige Abnahme bei soliden Preisen.

Albert Melchert.

Billige Stiefel! **Burg, Breiteweg 7**
Altes Brücktor 2.
Nochfeine neue Heringe 5 Pf.
neue Vollheringe 2 Stück 15 Pf.
extra große Stück 10 Pf.

Lager fertiger Särge in jeder Ausführung
Möbel in allen Holzarten empfiehlt
G. Stollberg.

Max Amann
Rüchensattel
der Magdeburger Volkshäute
Dr. Martini, 21.
Donnerstag: Erbsen mit Nippeln
Freitag: Kartoffelsalat mit Schweinebraten.

Mähmaschine, gut näh., für 15 Mk. zu verkaufen Bahnhofstr. 54, v.

Möbel und Polsterwaren
kauft man am besten

und billigsten in der **Möbel-Fabrik** gegründet 1845

W. Diesing Tischlermeister
4 Dreienbrezelstraße 4
Teilzahlung gestattet.
Bei je 10 Mk. Anzahlung für 100 Mk. Möbel.

Olvenstedt.
Schuhwaren-Reparatur-Werkstatt
von **Adolf Spitzbarth**
Herren-Sohlen u. -Absätze nur 2,25
Damen-Sohlen u. -Absätze nur 1,60
Kinder-Sohlen u. -Absätze je nach Größe nur 0,70-1,40
Vollständige Garantie für reellste Bedienung. — Keine Reklame, wirklich reelles Angebot.

Ein Schmud
ist ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendliches Aussehen, weiße, samtweiche Haut und blendend schöner Teint.
Alles dies bewirkt nur: **Stechenpferd-Filienmilch-Seife**
o. **Margmanns Co.** Radbeul-Dresden mit Schutzmarke: **Stechenpferd**
à 50 Pf. in Magdeburg bei H. Feusch, Altemarkt 28.
Richard Juroth, Tischlerbrücke 22.
G. Hubert, Jakobstraße 16.
Hirsch-Apothek, Breiteweg 121.
Bittoria-Apothek, Kaiserstr. 94 b.
In **Sudau**: Rosen-Apothek, P. Eijelt, Paul Albrecht.
Wilmshausen: Max Kühn.
Sudenburg: H. Starckhoff.

Marie Hübisch in Wernigerode, geb. Fosse, Krankenpf. Franz Lederfärber Otto Alb. Gänse mit Clara Anna Meyer in Arnstadt. Marie Friedrich hier. Former Geinrich u. Schießplatzarbeiter Paul Hübisch mit Anna Bierstedt in Baethen. Geschäftsfreisender Rud. Hülsmann mit Emma Wagner hier. Bote Joh. Joachim Heinrich Schulze hier mit Emma Elisabeth Großhe in Wietze. Schauspieler Jul. Christ Heroldt mit Helene Rosa Steuer in Mühlberg. Gendarm Aug. Friedr. Karl Deichert in Kleinendorf mit Marie Hermine Köhl in Uhmöden. Postassistent Paul Schmidt in Draunschweig mit Elise Reibeyer hier. Geburten: Paul, S. des Malers Adolf Pöde. Ernst, S. des Zimmermanns Friedrich Wille. He. A. des Juweliers Otto Venke. Erna, T. des Destillateurs Karl Schulze. Arthur, S. des Klempners Paul Michael. Gertrud, T. des Feuerwehrgewerks Friedrich Müller.

geb. Fosse, Krankenpf. Franz Gormann in Alt-Scherbitz mit Marie Friedrich hier. Former Geinrich Rosenthal mit Luise Glade in Wernigerode.
Geburten: Karl Wilhelm, S. des Arbeiters Karl Bertram. Luise Erna Herla, T. des Glasmachers Franz Stahl. Gertrud Luise, T. unehelich. Arbert Heinrich Ernst Ewald, S. des Gastwirts Heinrich Hänggen in Wernigerode. Jenny Hulda, T. des Zuschneiders Karl Schmidt in Wernigerode. Elli Wabe, T. des Glasmachers Wilhelm Dörries. Emma Elise, T. des Schlossers Bernhard Lehfeld. Anna Frida, T. des Arbeiters Friedrich Pasemann in Wernigerode. Ernst Otto, S. des Drehers Ernst Päs. Luise Charlotte Ilse, T. des Restaurateurs Walter Otto. Totgeburt: T. des Arbeiters Friedrich Arstelt.
Todesfälle: Marie Dorothea, geb. Urtel, Ehefrau des Arbeiters Alb. Schönfeld, 35 J. 2 M. 5 T. Meta, T. des Arbeiters Theodor Winter in Wernigerode. 5 M. 15 T. Anna Margarete, T. des Arbeiters Ernst Hübisch in Wernigerode. 6 M. 22 T. Arbeitsbursche August Mohr in Wernigerode. 18 J. 6 M. 27 T. Arbeitsbursche Otto Sprenger in Grimmevalde. 15 J. 1 M. 8 T. Frida Verla, T. des Arbeiters August Hübisch in Wernigerode. 8 M. 18 T. Robert Adolf, S. des Arbeiters Robert Bulher, 3 M. 18 T. Elisabeth, T. unehelich, in Wernigerode. 11 T. Elise Gertrud, T. des Weichenstellers Karl Müller in Wernigerode. 10 T. Arbeiter Johann Friedrich Ebert, 75 J. 11 M. 21 T. Walter Paul, S. des Drehers Otto Kufian in Wernigerode. 6 M. 26 T. Emma Elise, T. des Schlossers Bernhard Lehfeld in Salze, 6 T. Walter, S. des Arbeiters August Markgraf, 28 T. Magdalene, T. des Privatmanns Alb. Wagenstein, 16 T. Franz, S. des Arbeiters Karl Hochmuth, 3 M. 26 T.

Ausnahmepreise!
Photographie
Samson & Co.
Breiteweg 168
12 Visir . . . von Mk. 1.50 an
Kabinett . . . von Mk. 4.50 an

Der Ausverkauf der angekauften **Konkursmasse** (Ehemalige Kinderwagenfabrik) befindet sich von jetzt ab **Alte Markt 23.** Zu Spottpreisen kommen **Sportwagen** **Sitz- u. Fingwagen** **Juppenwagen** **Kinderfährl.** **Feilerwagen** zum **Einzelverkauf.**
Bestimmte Stellen:
Eberstraße 36a 158
Schönebiederstraße 105 u. 24
Halberstädterstraße 30a
Große Diesdorferstraße 31.

Müttern 0608
welchen die Gesundheit ihrer Kleinen am Herzen liegt, ist in der warmen Sommerzeit meine **Sanitätsmilch** bestens empfohlen. Ich liefere dieselbe 2 mal täglich frisch à Liter 30 Pf.
August Russe Benediktinerstraße 10.
Wurfschmalz 44 Pf.
H. Margarine Pfd. 60, 70, 80 Pf.
H. Rosterebuter Pfd. 120 Pf.
E. L. Schröder, Jakobstr. 28.
Anfand. Handwerker sucht einen Stubenkollegen. Gr. Schulstr. 12, v. I.

Sudau, 18. Juli.
Aufgebote: Karl Otto Wiltz, Heine mit Elise Martha Kaufe. Mählend. Wiltz, Jakob Karl Köhler mit Antonie Emma Schulze.
Geburten: Heinz, S. des Betriebs-Ingenieurs Adolf Schuchart. Walter, S. des Selbstgebers Karl Kersten.
Reustadt, 18. Juli.
Aufgebote: Eisendreher Adolf Oskar Paul Schulze mit Emma Martha Wilhelmine Fuhrmeister.
Geburten: Kurt, S. des Weingewerks Paul Jaenecke. Ernst, S. des Formers Paul Klintow. Martha Johanne, unehel. Walter, S. des Fäders Otto Meyer. Paul, S. des Arb. Wiltz. Dumenenthal.
Todesfälle: Hermann, S. des Heizers Max Schall, 8 M. 26 T. Albert, S. des Fabrikars Hermann Samerhoring, 3 M. 6 T. Gertrud, T. des Arb. Karl Eschmer, 10 M. Wilme Beronilla Schmidt geb. Witwe, 60 J. 3 M. 4 T. Luise Auguste geb. Krull, 69 J. 9 M. 18 T.

Wernigerode.
Eheschließung: Damen-Freiseur Rudolf Schmidt mit Lucie Stodt.
Geburten: S. des Schlossers Paul Meyer. T. des Mechanikers Alfred Thiele. T. des Buchbinders Emil Wäthner. T. des Spinnmeisters Karl Roth. T. unehelich. S. des Telegr.-Arb. Gustav Wäthner. S. des Steinbruders Paul Kufmann. T. des Zimmermanns Rob. Jammermann.
Todesfall: Hermann, unehelich, 4 M. Arb. Otto Raumann, 19 J. 7 M. 6 T.

Arbeiter-Sekretariat Magdeburg
Fürstentor 5 1 (nähe bei der Strombrücke), Telephon 2841.
Unentgeltliche Auskunft an organisierte Arbeiter und Witwen, Waisen, Dienstboten, Lehrlinge, Invaliden und solche Personen, die einer Organisation nicht angehören können, in der Zeit von 11-1 u. 5-7 Uhr. Außer der Anstaltszeit ist das Sekretariat für Auskunftsfragen geschlossen.

W. Herzogs Garten u. Tanzlokal
Telephon Nr. 78
Neuhaldensleben, Masche
10 Minuten vom Bahnhof.
Günstiger Aufenthaltsort für Vereine und Gesellschaften etc.
Großer Konzertgarten mit elektrischer Beleuchtung
Ausspann für 20 Pferde. 3916
Für Konen Familien Saftes Kochen.

Der Konsumverein für Quedlinburg u. Umgeg.
Lagerhalter.
166

Hoch kurze Zeit!
Räumungs-Verkauf.
Ganz billige Preise für **Herren-Garderobe** **Damen-Konfektion** **Leibwäsche, Bettwäsche** **Wand- und Taschen-Uhren** **Ketten, Armbänder** **Broschen, Ringe** **Gegenstandskauf-Geschäft**
Adolph Michaelis
Apfelfr. 16, I. Hs.

Freireligiöse Gemeinde
Wir bitten unsere Mitglieder und Freunde, sich an dem am Sonntag den 23. Juli von unserm Männer-Sängerverein veranstalteten **Dampferfahrt nach Riegrapp** zu beteiligen. Abfahrt vom Betriebsförder morgens 8 Uhr. Fahrgarten: Erwachsene 60 Pf., Kinder 30 Pf. bei unserm Kapellan, Herrn Pfingmacher, Kasparstraße 1. 168

Viktoria-Theater.
Donnerstag den 20. Juli 1905.
Vollstaudklärung.
Der Arzt seiner Ehre.
Ein weltlicher Zwischenfall.
Freitag den 21. Juli
Johannistener.
Stadtesamt.
Magdeburg, 18. Juli.
Aufgebote: Tischler Christian Friedrich August Probst in Leipzig mit Friederike Luise Lisa Auguste Köpfe in Köpfe. Piegelerarbeiter August Karl Adolf Wabemann mit Emma Frieda in Ummahlig. Postbote Feil Winter in Schierke mit

Salze.
Aufgebote: Handlungsgehilfe Paul Richard Stodt mit Selma Hahn in Wernigerode. Arbeiter Theodor Geller mit Frida Fischer in Wernigerode.
Eheschließungen: Schlosser Adolf Kranje in Magdeburg mit Elli Hansen hier. Drechsler Friedrich Feil Winter in Schierke mit

Schönebeck.
Geburten: Elisabeth Emma Auguste, T. des Schiffers Karl Wietling. Rosa Emma, T. des Ruchers Emil Meyer. Bibby Adele, T. des Fabrikars Johann Peter. Elli Anna, T. des Kolowebers Friedrich Lingner.
Todesfall: Privatm. Ernst August Günzel, 81 J.
Staßfurt.
Geburten: S. des Materialwarenhändl. Gustav Boigt. T. des Fabrikarbeiters Oskar Rau. T. des Müllers Gottlieb Peteretz. T. des Fabrikarbeiters August Schulze.
Todesfälle: Willi Krull, 5 J. Gertrud Kopschke, 3 M. Emma Dietrich, 2 M. Ernst Fröhlich, 3 M. Totgeburt: T.

Warenhaus Gebr. Barasch

**Ausnahme-
Preise**

Donnerstag Freitag Sonnabend

Seifen- und Toilette-Artikel

**Ausnahme-
Preise**

**Feinste internationale
Blumen-Fettseife** 75 Pf.
Karton, Inhalt 6 Stück

Parfüm
in verschied. Gerüchen
wie: Veilchen, Heliotrop
Nagelbäcken
Flasche 95, 85
48, 18, 14 Pf.

**Feinste
Haushalt-Seife** 45 Pf.
Marke „Adlerkopf“
3 Stück

**Abbazia-
Veilchen**
Flasche
95 75 39

Blumenseife 45 Pf.
großes Stück, 3 Stück
25 Pf.
kleines Stück, 3 Stück

**Eis-
Kopfwasser
Veilchen-
Kopfwasser**
Flasche 85 Pf.

**Feinste
Palmitinseife** 45 Pf.
3 Stück

**Parma-
Veilchen**
Flasche
1.35 0.85

**Adler-
Mandelseife** 16 Pf.
großes Stück

**Eau de
Quinine**
Flasche 85 und 39 Pf.
**Feinste
Brillantine**
Flasche sonst 75 Pf.
jetzt 50 Pf.

Schwimmseife 6 Pf.
Stück
Echte Moschusseife 50 Pf.
3 Stück

**Schnurrbart-
Binden-Wasser**
Flasche 39 Pf.
Klettenwurzelöl
Flasche
15 und 8 Pf.

Lanolinseife
Marke „Frisling“
3 Stück 55 Pf.

**Rindermark-
Pomade**
Glas 24 Pf.
**Oliven-Harz-
Pomade**
in Stangen
15 Pf.

Echte Milchseife 50 Pf.
3 Stück
Shampooing Powder 25 Pf.
bestes Kopfwaschmittel 3 Briefe

Haushalt-Seife Dranienburger und Sparten Kiesel ca. 380 Gramm	16 Pf.	Kluges Seifen-Salmiak	12 Pf.	Birkeners Herkules-Kitt für Porzellan, Glas und Marmor	20 Pf.
Sparkern-Seife Dranienburger, gepreßt Kiesel ca. 700 Gramm	34 Pf.	Waschblau-Tinktur giftfrei, „Brillant“	Flasche 6 und	4 Pf.	Bohner-Wachs ganze Dose 55 Pf., halbe Dose
Waschpulver Salmiak, Serpentin	6 Pakete 25 Pf.	Feinster Wasche-Borax pulverisiert	Brief	3 Pf.	Duftträger in allen Gerüchen
Veilchen-Seifenpulver	Paket 10 Pf.	Quillaja-Rinde bestes Waschmittel für Woll- Seiden- und Robestoffe	Paket 14 und	7 Pf.	Schuhcreme „Erich“, in Gläsern mit Schraub- bedel, schwarz, braun, rot, gelb und weiß
Anker-Weichsoda	3 Pakete 25 Pf.	Beste Metall-Putzpomade	Blechbüchse	5 Pf.	Scheuertücher
					Stück 10 Pf.

Zahnbürsten
Einz.
39 18 6 Pf.

Im Sommergarten
täglich
von 4 bis 8 Uhr
Konzert

Im Sommergarten
täglich
1 Tafel
Schokolade
mit Schokolade
10 Pf.

Im Sommergarten
Sonntag
von 11 bis 2 Uhr
Konzert

Irrigator
Stück
95 Pf.